Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 11 Mk. Durch die Post monatl. 11 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Lerchenfeldstr. 14 Fernruf 1047 Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 100 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 500 Pf. für Reklame, einschließend an den dreigespaltenen Textteilteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tags vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 50 Pf. | **Montag, den 9. Januar 1922** | **2. Jahrgang. Nr. 7**

Sowjet-Rußland — Angelpunkt der Weltwirtschaft

Proletarier, tretet für eine deutsch-russische Kampfgemeinschaft ein!

Die Meldungen, daß sich der Oberste Rat der Entente-„Götter" entschlossen hat, eine allgemeine Wirtschaftskonferenz einzuberufen und daran neben Deutschland auch Sowjet-Rußland teilnehmen zu lassen, erfüllt die bürgerliche Presse mit eitlen Hoffnungen. Und das Maß der Freud kommt schier zum Ueberfließen durch den Beschluß, Deutschland für 1922 Zahlungsaufschub zu gewähren und eine offizielle Vertretung Deutschlands nach Paris bzw. Cannes einzuladen.

Das deutsche Proletariat hat alle Veranlassung, sich von dem Optimismus der bürgerlichen Sensationspresse nicht gefangennehmen zu lassen. Bei den Fragen, die gegenwärtig in Cannes von den „Göttern" der imperialistischen Räuberbanden der Ententestaaten verhandelt werden, handelt es sich um außerordentlich verwickelte Dinge. Die Konferenzen finden hinter verschlossenen Türen statt und die Berichte der Presse, die auf das Gebärdespähen und Lauschen an den Türen der Konferenzzimmer angewiesen ist, basieren meist auf Intrigen, die die Verhandlungsteilnehmer gegeneinander spielen.

Der Beschluß des Obersten Rates, im Prinzip einer Beschränkung der deutschen Reparationsleistungen für 1922 auf 700 Millionen Goldmark zuzustimmen, will noch nicht viel besagen, denn nunmehr muß der alte Streit um die Teilung der Beute unter den Räubern um so heftiger entbrennen. Tatsächlich lassen sich Briand sowohl wie auch Loucheur bereits vernehmen, daß Frankreich die deutschen Zahlungen haben muß, Dasselbe ist bei Belgien der Fall. Und England verzichtet natürlich auch nur auf seinen Anteil von 22 Prozent, wenn ihm andere wichtige Zugeständnisse gemacht werden.

Bei dem Streit um die Teilung des Fells des Bären, dürfen die Befugnisse nicht übersehen werden, die der Reparationskommission zustehen, die laut dem Vertrag von Versailles denen eines Gerichtshofes gleichkommen. In dieser Hinsicht gewinnt eine Note der Reparationskommission vom 6. Januar in Verbindung mit dem Streit um die deutsche Beute Bedeutung. Als die Wirthregierung der Kommission ihre Zahlungsunfähigkeit kundtat, forderte die Reparationskommission am 16. Dezember in drei Gegenfragen nähere Mitteilungen. In ihrer bekannten Dummheit hat die deutsche Regierung diese drei Fragen bis auf den heutigen Tag nicht beantwortet. In einer Note vom 6. Januar erklärt nun die Reparationskommission ausdrücklich, daß sie auf Deutschlands Stundungsgesuch nicht eingehen kann, solange die drei Fragen nicht beantwortet sind. Die deutsche Regierung trage die volle Verantwortung für alles, was sich aus dieser ihrer Haltung ergibt. Die Reparationskommission ist rechtlich eine völlig unabhängige Körperschaft. Sie kann gemäß dem Versailler Vertrag alle Sanktionen beschließen, die sie für notwendig hält, sobald Deutschland am 15. Januar seine Rate schuldig bleibt. Die Reparationskommission wird von ihrem Vorsitzenden, dem Franzosen Dubois beherrscht, der den schärfsten Standpunkt gegenüber Deutschland vertritt. Die französische öffentliche Meinung ist unbedingt dafür, der Reparationskommission freie Hand zu lassen. Die Regierung baut indessen wie in der oberschlesischen Frage auf Lloyd Georges, der sich zur Lösung der deutschen Frage — natürlich nur im Interesse des britischen Kapitals — sehr stark bemüht. Sie behandelt die Reparationskommission als Luft, gibt ihr keine Antwort und merkt, während sie eifrig die bürgerliche Presse mit schwungvollen Berichten über die Aussichten in Cannes füttern läßt, nicht, daß es am 16. Januar ein sehr peinliches Erwachen geben kann.

Gegenüber diesen Tatsachen im Streit um die Reparationsfragen ist die Stellung der kapitalistischen Staaten zu Sowjet-Rußland, in der zweifellos zwischen Lloyd George und Briand eine Verständigung gefunden ist, eine Ablenkung. Sowjet-Rußland ist jetzt der gewaltige Machtfaktor, um den sich die ganze künftige Gestaltung der Dinge als Angelpunkt dreht. Selbst die „Deutsche Allgemeine Zeitung" vom 7. Januar stellt fest, daß heute Sowjet-Rußland einen gewaltigen Machtfaktor darstellt. Die Hinzuziehung Rußlands zu einer allgemeinen weltwirtschaftlichen Konferenz, die im März in Genua stattfinden soll, ist ein greifbarer Erfolg der Politik der Sowjetrepublik. Damit ist gesagt, daß die Rußlandpolitik, die die französische Regierung seit Kriegsende getrieben hat, zusammengebrochen ist und die Bedingungen, die Frankreich an ein Zusammenarbeiten mit Rußland stellt, sind nichts als ein Deckmantel, hinter dem die französische Regierung sich zurückzieht. So sind denn heute, wo Italien, Skandinavien und auch Amerika sich um Rußland bemühen, alle kapitalistischen Staaten gezwungen, ihrerseits der Räteregierung Konzessionen zu machen. Rußland entwickelt sich zu einem der stärksten Machtfaktoren der Welt.

Auch die deutsche Bourgeoisie muß an Räterußland Zugeständnisse machen, Handelsbeziehungen im großen Maßstab aufnehmen. Damit ist für Deutschland die innerpolitische Zuspitzung gegeben.

So ist also durch die Verschiebung der Diskussion von den deutschen Zahlungen auf das russische Problem die Lage der deutschen Bourgeoisie kaum günstiger geworden, und was die deutschen Zahlungen betrifft, so ist bisher lediglich von einem teilweisen Zahlungsaufschub die Rede gewesen und das auch nur für das Jahr 1922. Es ist also für das deutsche Proletariat die Reparationsfrage mit all ihren Lasten in gleicher Schärfe geblieben, Teuerung und Steuerdruck werden unter diesen Umständen im kommenden Jahr noch ein ganz anderes Ausmaß annehmen als bisher.

Bedingungen für die Anerkennung Sowjet-Rußlands

Cannes, 7. Januar. (Havas.) In seiner am gestrigen Nachmittag abgehaltenen Sitzung hat der Ausschuß der Konferenz folgende Resolution angenommen:

Die auf der Konferenz vertretenen Mächte sind einstimmig der Ansicht, daß eine Wirtschafts- und Finanzkonferenz Anfang März einberufen werden soll, zu der alle europäischen Mächte eingeladen werden sollen. Sie sind der Ansicht, daß eine derartige Konferenz einen wirklichen und wesentlichen Fortschritt auf dem Wege zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Mittel- und Osteuropas bilde. Sie sind ferner der Ansicht, daß die Premierminister einer jeden Nation, womöglich in Person, dieser Konferenz beiwohnen sollen, damit den Anempfehlungen durch letztere so schnell wie möglich die Tat folgen kann. Die alliierten Mächte sind der Ansicht, daß die unentbehrlichen Grundbedingungen in ihren großen Linien folgende sind:

1. Die Nationen dürfen nicht das Recht in Anspruch nehmen, sich gegenseitig die Grundsätze aufzuerlegen, nach denen sie die Fragen des Besitzes, die Wirtschaftsregeln und die Regeln im Innern ihres Landes bestimmen wollen. Es ist jedem Lande das System zu lassen, das es in dieser Beziehung bevorzugt.

2. Auf jeden Fall darf ausländisches Kapital nicht dazu benutzt werden, einem Lande Hilfe zu leisten, außer wenn die auswärtigen Eigentümer dieses Kapitals die Gewähr haben, daß ihre Güter und Rechtsansprüche geachtet werden und daß der Gewinn aus ihren Unternehmungen ihnen gesichert ist.

3. Jedes Gefühl der Sicherheit kann wieder hergestellt werden, wenn die Nationen (oder die Regierungen der Nationen), die ausländische Kredite zu erhalten wünschen, freiwillig folgende Verpflichtungen auf sich nehmen:

a) alle Schulden und öffentlichen Verpflichtungen anzuerkennen, die von den Staaten, den Gemeinden und anderen öffentlichen Körperschaften eingegangen sind und die Verpflichtung anzuerkennen, ausländische Interessenten für die Verluste und Schäden, die ihnen aus der Tatsache der Konfiszierung ihres Eigentums erwachsen sind, zu entschädigen oder ihnen das Eigentum wiederzustellen;

b) ein gesetzliches und juristisches System einzurichten, durch das die unparteiische Ausführung aller Handels- und sonstiger Verträge sichergestellt wird.

4. Die Nationen müssen über bequeme Austauschmittel verfügen, allgemein gesprochen müssen bezüglich des Finanz- und Geldwesens Bedingungen bestehen, die dem Handel genügend Sicherheit bieten.

5. Alle Nationen müssen sich verpflichten von jeder Propaganda Abstand zu nehmen, die die Ordnung und das politische System eines anderen Landes benachteiligt.

6. Alle Länder müssen gemeinsam die Verpflichtung auf sich nehmen, von jedem Angriff auf ihre Nachbarn abzusehen.

Wenn zu diesem Zwecke die für die Entwicklung des Handels mit Rußland notwendigen Bedingungen gesichert sind und die russische Regierung ihre offizielle Anerkennung fordert, so können die alliierten Mächte diese Anerkennung nur aussprechen, wenn die russische Regierung die vorgenannten Verpflichtungen annimmt.

*

Die Stellung Sowjet-Rußlands

OE. Berlin, 7. Januar. Aus gutunterrichteter Quelle erfährt der Vertreter des Ost-Expreß, daß die in gewissen Ententekreisen bestehenden Erwägungen, Rußland auf Grund des Versailler Vertrages einen Anspruch auf Reparationszahlungen von seiten Deutschlands zu gewähren, um diese zur Deckung der russischen Ententeschulden zu verwenden, keinerlei Anklang bei der Sowjetregierung finden. Der Artikel der Moskauer „Prawda" vom 3. Januar, der in diesem Zusammenhang andeutungsweise von der Notwendigkeit deutscher Zugeständnisse an Sowjet-Rußland spricht, beziehe sich auf Zugeständnisse ganz anderer Art. Die Wünsche der Sowjetregierung gingen in dieser Hinsicht vor allem dahin, daß Deutschland sich zu einer vorbehaltlosen Anerkennung der russischen Sowjetregierung entschließen möchte, ohne sich hierin von der Haltung der Entente beeinflussen zu lassen.

OE. Moskau, 6. Januar. (Funkspruch.) In den amtlichen „Iswestija" schreibt der Chefredakteur Steklow: Die Alliierten mögen getrost ihre Bedingungen für die Anerkennung der Sowjetregierung ausarbeiten; wenn uns diese Bedingungen nicht passen, so werden wir sie ohne viel Federlesens ablehnen. Wir werden unsere Interessen sogar in dem Falle standhaft verteidigen, wenn sich alle kapitalistischen Staaten gegen uns zusammenschließen sollten. Zum Glück ist das aber tatsächlich nicht der Fall. Die Interessen der kapitalistischen Staaten sind voller Widersprüche. Es wird ihnen nicht gelingen, unter dem Vorwand der Anerkennung der Sowjetregierung de jure Rußland einen Strick zu drehen.

*

Sowjetrußland antwortet auf die französische Absicht, die Räteregierung zur Unterschrift unter den Versailler Frieden zu zwingen und ihr deutsche Reparationszahlungen anzubieten, wie nur eine proletarische Staatsmacht antworten kann. Sie durchkreuzt den Plan, einen Keil zwischen das deutsche und das russische Proletariat zu treiben. Aber zugleich verlangt sie von der deutschen Regierung andere Zugeständnisse, die zur Abwehr gegen die französischen Drohungen notwendig sind: Die vorbehaltlose Anerkennung der Räteregierung. Aufgabe der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Parteien und Gewerkschaften, ohne Rücksicht auf politische Meinungsunterschiede, ist es jetzt, von der deutschen Regierung die sofortige Erfüllung dieser Forderung zu verlangen und ihre ganze Macht für diesen Zweck einzusetzen.

Die Rede Lloyd Georges in Cannes ebenso wie die neuen Erklärungen der Räteregierung zeigen, daß Sowjet-Rußland gegenwärtig einer der stärksten Faktoren der Weltpolitik wird. Es ist der einzige Faktor, auf den die deutsche Arbeiterschaft in ihrer Bedrohung und Gefährdung sich stützen kann.

Zahlungsaufschub im Prinzip beschlossen

Cannes, 7. Januar. (Reuter.) Die Konferenz beschloß, Deutschland unter noch festzusetzenden Bedingungen für einen Teil seiner Zahlungen Aufschub zu gewähren.

Paris, 8. Januar. Der Sonderberichterstatter der Agence Havas meldet aus Cannes, daß die Finanzsachverständigen heute vormittag eine Sitzung abgehalten haben. Im Laufe des Nachmittags werde sich hieran eine Zusammenkunft der mit der Reparationsfrage besonders befaßten Minister anschließen. Anscheinend seien jetzt alle Delegierten für eine Herabsetzung der von Deutschland für das Jahr 1922 geforderten Barzahlung auf 700 Millionen Goldmark. Strittig sei im Augenblick noch deren Verteilung unter der beteiligten Ländern. Wie der Sonderberichterstatter des Temps aus Cannes meldet, wird bis Montag abend im Obersten Rat ein Einvernehmen über die Reparationszahlungen im Jahre 1922 erzielt sein. Die deutschen Delegierten würden am Dienstag benachrichtigt werden und am Mittwoch in Cannes sein. Die Verhandlungen werden sich auf zwei Tage erstrecken, worauf die Konferenz am Freitag auseinandergehen würde.

*

Frankreich besteht auf Durchführung des Friedensvertrags

Paris, 9. Januar. Nach einer Havasmeldung aus Rom, hat Briand in einer Unterredung, die er dem Chefredakteur des „Popolo d'Italia gewährt hat, gesagt, Frankreich sei entschlossen um jeden Preis im Rahmen der Durchführung des Friedensvertragens zu bleiben. Der Vertrag von Versailles sei nicht vollkommen, aber er stelle doch etwas dar, während das, was im übrigen geboten wo[illegible] nur ein unbestimmtes Projekt sei. Auch Loucheur erklärte d[illegible] Vertretern der Presse, Frankreich brauche die Reparationszahlungen, es solle und es werde sie haben.

Berufung deutscher Vertreter nach Paris

Cannes, 7. Januar. (Reuter.) Zu Beginn der Sitzung des Obersten Rates heute nachmittag verlangte Lloyd George mit aller Entschiedenheit daß die Deutschen zur Konferenz von Cannes geladen werden. Wenn man mit derselben Methode wie in Spa auch in Cannes arbeiten werde, würde man zu einem guten Ende kommen. Briand widersetzte sich diesem Vorschlag. Es genüge, wenn die Alliierten zunächst unter sich einig werden. Nach einer längeren Diskussion, in der die Belgier für die Berufung der Deutschen eintraten beschloß der Oberste Rat, die deutsche Regierung einzuladen, sofort offizielle Vertreter nach Paris zu entsenden, die so lange dort verweilen sollen, bis ein endgültiger Beschluß des Rates in der Reparationsfrage gefaßt worden ist und die dann eingeladen werden, sich nach Cannes zu begeben.

Berlin, 8. Januar. Heute vormittag 11 Uhr wurde dem Reichskanzler als Minister des Auswärtigen durch die französische Botschaft folgendes Telegramm zur Kenntnis gebracht, daß der Präsident des Obersten Rates an die französische Botschaft in Berlin zur Uebermittelung an die deutsche Reichsregierung übersandt hat:

Der Oberste Rat wird ohne Zweifel das Bedürfnis haben, Ihre Vertreter in der nächsten Woche (vom 8. bis 15. Januar) zu hören. Um Zeit zu gewinnen, regen wir an, daß Ihre Vertreter sich nach Paris begeben und sich dort bereithalten, um unserm Rufe zu folgen. gez. Briand.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220109-18/fragment/page=0001

Rathenau reist ab

Berlin, 9. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Heute mittag wird sich der Minister a. D. Rathenau an der Spitze einer Delegation nach Paris begeben, um von dort nach Cannes weiterzureisen.

Wirtschaftskonferenz in Genua

Berlin, 9. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Die für den März angesetzte Wirtschaftskonferenz aller europäischen Großmächte, an der auch Rußland und Deutschland teilnehmen werden, wird nicht, wie ursprünglich gemeldet, in Prag, sondern in Genua stattfinden.

Lenin nach Genua eingeladen?

Rom, 9. Januar. Die Agenzia Stefani meldet: Infolge des Beschlusses des Obersten Rates in Cannes habe die italienische Regierung durch Vermittlung der russischen Wirtschaftsdelegation Lenin eingeladen, an der Konferenz, die in Genua stattfinden wird, teilzunehmen.

Heidenangst vor Radek

Der Berliner „Lokalanzeiger" will von gut informierter Stelle erfahren haben, daß Karl Radek in Berlin eine Besprechung mit dem Reichskanzler Wirth über Wirtschaftsfragen gehabt habe. Diese Meldung ist natürlich erlogen, illustriert aber deutlich die Nervosität, die sich anläßlich der Genuaer Konferenz gewissen Kreisen bemächtigt hat. Köstlich mutet folgende VTB.-Meldung an:

Berlin, 8. Januar. Radek ist noch Freitag den 6. d. M. abends in Moskau von Herren der Deutschen Vertretung gesehen worden. Es ist daher vollkommen unmöglich, daß er am 7. Januar die am Sonntag von einem Berliner Morgenblatt gemeldete Besprechung mit dem Reichskanzler gehabt hat.

Neun Milliarden neue Reichsschulden

Die schwebende Schuld Deutschlands hat sich vom 20. bis 31. Dezember um nicht weniger als 9 Milliarden Mark erhöht. Die Einnahmen der Finanzkassen aus Steuern, Zöllen usw. betrugen 1 303 Milliarden, die Ausgaben 7 349 Milliarden Mark. Die Betriebsverwaltungen erforderten 1 944 Milliarden Mark: die Post 312 326 000 Mark, die Eisenbahn 1 631 Milliarden Mark.

Am 1. April betrug die schwebende Schuld des Reiches an diskontierten Schatzanweisungen 165 346 Milliarden Mark. Seitdem traten hinzu (in tausend Mark):

April	6 305 343
Mai	4 008 130
Juni	8 389 040
Juli	5 643 200
August	12 101 270
September	7 632 290
Oktober	7 420 160
November	15 632 030
Dezember	20 445 130

Seit dem 1. April 1921 hat sich also die schwebende Schuld um 81,575 Milliarden auf 246,921 Milliarden erhöht.

Ein Ende dieser Papiermilliardenflut, die das Proletariat erdrückt, ist noch nicht abzusehen.

Es hagelt Zuchthausstrafen

Die Verurteilung der Rendsburger Kommunisten

VTB. meldet: Sechs Angeklagte wurden zu Zuchthausstrafen von 1 Jahr 3 Monaten bis zu 3 Jahren und 6 Monaten, die beiden anderen Angeklagten zu Gefängnisstrafen von 1 Jahr bzw. 1 Jahr und 3 Monaten verurteilt.

Zweiter Verhandlungstag.

Der zweite Tag begann mit der Vernehmung des Zeugen Gloth. In seiner Wohnung hat eine Sitzung stattgefunden. Er gibt an, daß der Angeklagte Gick dem Angeklagten Karge eine Stütze übergeben hat, die vermutlich die Skelette anzeigte, an der die Schiene geklemmt werden sollte. In der Wohnung des Zeugen Ulbricht war eine Art Wachlokal eingerichtet.

Amtsgerichtsrat Thomsen: Die Kommunisten in unserer Gegend waren wegen der Märzkämpfe sehr ratlos, weil Preßorgane nicht in ihre Hände kamen. Ihre Zeitung war unterdrückt. Dann kam der Angeklagte Karge und hat sie über die Lage unterrichtet. Die Angeklagten zeigten im Gefängnis einen ungemeinen Bildungsdrang.

Der Zeuge gibt eine Schilderung seiner Wahrnehmungen. Er will gesehen haben, daß die fünf Laschenschrauben entfernt waren. Die Verteidigung bemerkt hier, das könne unmöglich der Fall sein. Der Zeuge wird gefragt, wann er das bemerkt haben will. Er gibt den 16. April an. Am 1. April ist aber schon das Fehlen der Schrauben entdeckt worden. Der Zeuge muß hier seine Aussagen revidieren. Er hat den Angeklagten während der Untersuchungshaft Versprechungen gemacht und diese dann nicht gehalten. Er hat versucht, einen Angeklagten gegen den anderen auszuspielen, einige Angeklagte belastet, um von den anderen gewünschte Aussagen zu erlangen.

Die Rede des Vertreters der Oberreichsanwaltschaft.

Die Vorgänge in Rendsburg ständen im engsten Zusammenhang mit den Vorgängen in Mitteldeutschland im März 1921. Es handelte sich bei diesen Vorgängen um vollendeten Hochverrat. Die Angeklagten hätten versucht, Eisenbahntransporte mit allen Mitteln mit Hilfe des Generalstreiks zu verhindern. Der Vertreter der Anklage verwebselt in seiner Rede verschiedene Vorgänge, die sich abgespielt haben. Er findet sich in seinen Notizen nicht zurecht. Ausdrücke in norddeutscher Mundart gelten bei ihm als Geheimsprache. Der Angeklagte Karge wird von ihm als alter Eisenbahner bezeichnet. (Karge war ein halbes Jahr lang an der Eisenbahn.) Man war sich offenbar nicht klar, führt der Vertreter der Oberreichsanwaltschaft aus, wie man den Sprengstoff und ob man ihn verwenden sollte. Karge war der intellektuelle Urheber und Anstifter des ganzen Unternehmens. Es kommt bei allen Angeklagten vollendeter Hochverrat in Frage, aber auch Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz und Gefährdung von Eisenbahntransporten. Mildernde Umstände können nicht in Anwendung kommen. Die Tat der Angeklagten ist so verwerflich, daß ihnen unehrenhafte Gesinnung zugesprochen werden muß.

Der Vertreter der Oberreichsanwaltschaft beantragt gegen Karge 6 Jahre Zuchthaus, gegen Gick und Selter je 5 Jahre Zuchthaus, gegen Thomsen 2 Jahre Zuchthaus, Thiel, Schlegel und Bethel 4 Jahre Zuchthaus, gegen Meyer 1 Jahr Gefängnis. Die Untersuchungshaft soll entsprechend angerechnet werden.

Die Plädoyers der Verteidiger.

Rechtsanwalt Hegewisch: Es ist dem Reichsgericht nach dem Kapp-Prozeß ein Loblied gesungen worden über seine Objektivität. Ich habe nicht diese Ansicht. Immerhin mag das Reichsgericht aus meinem Verhalten entnehmen, daß ich ihm eine größere Objektivität zutraue. Ich habe selbst beantragt, daß der Prozeß vor dem Reichsgericht seine Erledigung finden soll, weil ich ihn dann in besseren Händen glaubte. Den Ausführungen des Vertreters der Oberreichsanwaltschaft muß ich natürlich entschieden widersprechen. Ich plädiere, wenn schon Vergehen vorliegen sollten, auf Festungshaft. Es ist mir unverständlich, wie man auf Zuchthausstrafe und Aberkennung der Ehrenrechte plädieren kann.

* * *

Die Weiße Rachejustiz hat wieder einmal ein Glanzstück geleistet. Proletarier, mutige und aufrechte Männer, deren Ehrenhaftigkeit im Prozeß sonnenklar zutage trat, werden als gemeine Verbrecher ins Zuchthaus geworfen. Wenn die Arbeiterschaft die politische Amnestie verlangt, so werden auch unsere Rendsburger Genossen nicht vergessen sein. Sie sind Opfer des Justizsphrekens der Ebert-Republik und müssen deshalb sobald wie möglich aus dem Kerker befreit werden, ebenso wie die Märzopfer.

Der Parteitag der USPD.

Leipzig, 9. Januar. (Eigene Drahtmeldung.) Am Sonntag begann in Leipzig der Parteitag der USPD. mit einer Rede von Crispien, der zwar heftig gegen die SPD. wetterte, aber doch durchblicken ließ, daß man sich trotzdem einigen wird. Zum Vorsitzenden wurde der Führer des rechten Flügels Dittmann gewählt.

*

In der Woche vom 9. bis 15. Januar tagt in Leipzig der diesjährige Parteitag der USPD., der erste Parteikongreß nach der in Halle vollzogenen Spaltung. Waren es damals internationale Fragen, die zu der letzten entscheidenden Auseinandersetzung in der alten USPD. führten, so haben wir jetzt zu fragen, welchen Einfluß der übriggebliebene Teil der USPD. in der internationalen Arbeiterbewegung noch hat, welche Hoffnungen oder Befürchtungen wir dem jetzigen Parteitag der USPD. gegenüber hegen dürfen.

Die Scheinblüte des Kapitalismus in Deutschland, der schleichende Charakter der Wirtschaftskrise im allgemeinen, die Abbiegung der inneren sozialen Zuspitzungen Deutschlands durch die latente Krise seiner internationalen Beziehungen, brachten es mit sich, daß die USPD., die in Zeiten lebhafter politischer Kämpfe oder gar revolutionärer Zusammenstöße zwischen der sozialverräterischen Sozialdemokratie und der revolutionären Kommunistischen Partei aufgerieben worden wäre, doch noch weiter ihre Existenz fristen konnte. Die Partei hat sich als Partei der Konzessionen und Kompromisse im letzten Jahre, da es an entscheidenden Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit in Deutschland fehlte, sozar organisatorisch zweifellos hier und da wieder ein wenig erholen können.

Haben wir so die Existenzgrundlage und die bisherigen Möglichkeiten der Entwicklung der USPD. gekennzeichnet, so dürfen wir uns naturgemäß auch keinen Hoffnungen hingeben, daß der jetzige Parteitag dieser Partei irgend welche klaren Entscheidungen herbeiführen könnte. Es gibt in der USPD. nach den Erfahrungen des letzten Jahres, weder rechts noch links, eine einheitliche Strömung, die entschlossen auf eine Klärung hindrängt. Alle Gruppen in dieser Partei meiden nichts ängstlicher wie Rücksichtslosigkeiten und neigen zum Brückenbauen und Kompromissemachen.

Die einen, wie Rosenfeld und Ledebour, wollen keinesfalls, die Brücke nach links abbrechen und stützen sich dabei auf sehr starke Stimmungen und Strömungen in der unabhängigen Arbeiterschaft. Die anderen, wie Hilferding und Breitscheid, wollen dagegen nicht nur Brücken bauen zur rechtssozialistischen Partei, sondern, je eher je lieber, mit fliegenden Fahnen über diese Brücken in das rechte Lager übergehen. Es hindert sie daran vorläufig noch die schon gekennzeichnete Stimmung der der USPD. angehörenden Arbeiter. Aber der Einfluß der rechten Gruppe ist in allen Institutionen der USPD. — Zentralorgan, Provinzpresse, Reichstagsfraktion, Landtagsfraktionen des „sozialistischen" Mitteldeutschland, Gewerkschaftsleitungen und Parteibureaukratie —, so stark, daß schon sehr entscheidende Vorstöße für die rechtsgerichtete Politik dieser Gruppe versucht werden konnten.

Die Probleme, an denen sich die Stärke der beiden Gruppen und der schwankenden Mitte erproben sollen, sind sehr schwerwiegender und so einschneidender Art, daß es eigentlich ohne klare Entscheidungen nicht abgehen könnte. Aber wir wiederholen noch einmal, daß jede Hoffnung auf Klarheit irrig ist, es wird vielmehr so kommen, daß zwar gewisse linksgefärbte, aber doch abgeschwächte Resolutionen verfaßt werden, durch die am Ende ebensowenig wie durch das radikale, revolutionäre Leipziger Aktionsprogramm die rechten Führer gehindert werden, ihre Kompromißpolitik mit den Rechtssozialisten und schließlich mit der bürgerlich-demokratischen Regierung fortzusetzen.

Die Frage, die als erste eine klare Entscheidung fordert und geeignet wäre, als Prüfstein oder als Sprengpulver zu wirken, ist die Angelegenheit der Bewilligung indirekter Steuern durch die unabhängigen Reichstagsabgeordneten. Die Zustimmung zu der Beibehaltung so stark das Proletariat belastender Steuern, wie z. B. der Kohlensteuer und der Umsatzsteuer, verstößt auf das empfindlichste nicht nur gegen den Wortlaut und den Geist aller programmatischen Erklärungen der USPD., sondern sie läuft auch dem lebendigen, immerhin noch oppositionellen Empfinden der Mitglieder dieser Partei, insbesondere der Arbeitermassen, zuwider. Daß diese oppositionelle Strömung die schlimmste Ausschreitung der unabhängigen Abgeordneten Breitscheid und Genossen, die Zustimmung zur Erhöhung der Umsatzsteuer, korrigieren wird, darf man wohl noch annehmen. Wie weit aber die programmatische Klarheit und Grundsatzfestigkeit ausreichen wird, um die Ablehnung oder vielmehr die Beseitigung der Verbrauchssteuern durch die Reichstagsfraktion vertreten zu lassen, das ist schon sehr ungewiß. Die rechten Führer, wie Hilferding, Breitscheid, Lipinski und Herz, werden jedenfalls alles versuchen, einen möglichst dehnbaren Beschluß herbeizuführen, um sich den Weg der stillschweigenden Hinnahme indirekter Steuerlasten zugunsten der kleinbürgerlichen „Erfüllungsregierung" nicht zu versperren. Bei der ihnen eigenen Zähigkeit und Geschicklichkeit und bei ihrem entschlossenen Willen, nach rechts Anschluß zu finden, muß leider vermutet werden, daß die Parteitagsbeschlüsse von Leipzig in der Tat einen völligen Verzicht der USPD. auf Führung irgend welchen Kampfes gegen Verbrauchs- und Verkehrssteuern bringen.

Die rechten Führer werden es um so leichter haben, mit diesem Problem fertig zu werden, je geschickter sie es verstehen, ihren Sozialpazifismus in den Vordergrund zu rücken. Und darin sind die Breitscheid und Genossen bekanntlich so meisterhaft bewandert und die Gewerkschaftsführer vom Schlage Dißmann so zugänglich, daß ihnen selbst „sogenannte" linke Führer, wie Ledebour und Rosenfeld, nicht werden widerstehen können, so daß also schon als sicher angenommen werden muß, daß die gesamten Parteitagsdelegierten am Ende den sozialpazifistischen Rattenfängerklängen Breitscheids ziemlich hemmungslos folgen werden. „Um des internationalen Friedens, um des Wiederauflebens Deutschlands, um der militärischen Abrüstungsidee, um eines zukünftigen Völkerbundes willen" muß „erfüllt" werden, was die Ententekapitalisten aus dem deutschen Proletariat herausquetschen wollen. Und haben Breitscheid und Hilferding den Parteitag erst einmal rückhaltslos auf den Boden der Erfüllungspolitik gebracht, so wird diese außenpolitische Attrappe von ihnen sehr geschickt angewendet werden können, um dahinter nicht nur ihren Steuerverrat, sondern — was ein weiteres Problem des Parteitags sein wird — auch den Gedanken einer Koalitionsregierung mit Bürgerlichen in Sicherheit zu bringen. Es kommt ihnen dabei der für rechte Unabhängige sehr peinliche Zustand der Abhängigkeit von den Kommunisten zu Hilfe, den ihre Minister in Sachsen, Thüringen und Braunschweig ertragen müssen. Auch das allgemeine Streben nach einheitlicher proletarischer Aktion, das immer kräftiger zu spüren ist, werden sie mißbrauchen und vor ihren Karren spannen. Und mögen auch noch so viele Protestresolutionen und Anträge gegen den Koalitionsgedanken unter Betonung des Klassenkampfcharakters der USPD. vorliegen, so ist doch zu befürchten, daß die Arbeitermassen erneut betrogen werden, indem man auch in Leipzig gehörig „görlitzert", um schließlich zu erreichen, daß der Führung freie Hand gegeben wird. Natürlich wird man kräftige Worte genug finden, und auch freie Hand geben für eine von Kommunisten unterstützte Arbeiterregierung, um dann um so sicher nach rechts Anschluß suchen zu können, je nachdem es „die politische Lage der Republik", wie Breitscheid sich ausdrückt, erfordert. Breitscheid, Hilferding und Konsorten werden jedenfalls jedes Mittel anwenden — auch kommunistische Zitate werden ihnen dazu ausnahmsweise nicht zu schlecht sein — um aus der jetzigen Regierungsunterstützung des Kabinetts Wirth zu einer aktiven Teilnahme an einer Koalitionsregierung dieser Art übergehen zu können. Den äußeren Anlaß dazu soll ihnen irgendeine provokatorische Dummheit der Reaktionäre Helfferich und Konsorten liefern, wie Breitscheid das schon ganz offen zugibt.

Ueber all den Debatten zur Erledigung dieser Streitfragen wird der Geist des unbedingten „Willens zur Einigung" schweben. Nur müssen wir leider feststellen, daß jeder der unabhängigen Redner und Schriftsteller, der zur Einigkeitsparole Stellung genommen hat, sich praktisch etwas anderes unter ihrer Verwirklichung vorstellt, als sein mitredender oder mitschreibender Freund oder Genosse. Aber unter all den verschiedenen Meinungen über die Art, wie die Einigkeit verwirklicht werden soll, ist der Gedanke der Einigung auf dem Boden des rücksichtslosen revolutionären Klassenkampfes am schwächsten vertreten. Auch die Lehre, daß eine Einigung der Massen hieb- und stichfest nur im Zuge einer Massenbewegung um ganz fest umrissene Ziele wirklich zustande kommen wird, scheinen die meisten unabhängigen Führer bereits vergessen zu haben. So wird die Einigkeitsparole meist zu einer Organisationsspielerei oder zu einer Verabredung degradiert, die unter Führern am grünen Tisch zustande kommen könnte. Der Umstand, daß der Parteitag der Unabhängigen überwiegend aus Parteiangestellten und Gewerkschaftsbureaukraten besteht, verstärkt die Gefahren noch, die einer wirklichen Einigung der proletarischen Massen auf dem Boden großer Klassenkämpfe durch einen Leipziger Parteitagsbeschluß in den Weg gewälzt werden könnten. Wie schlimm es um diese Frage steht, geht auch schon daraus hervor, daß der alte Kautsky, der im vorigen Jahre für die USPD. schon ein „gewesener Mensch" war, gerade bei den Einigungsbestrebungen wieder einhaken konnte, um mit sichtlicher Wirkung für den völligen Uebergang der Unabhängigen zur alten Sozialdemokratie einzutreten. Es ist sehr weit gekommen, wenn schon Berliner linke Unabhängige, die von sich selbst sagen, daß sie bisher „keinen nach rechts gerichteten Tendenzen gehuldigt haben", jetzt in einem Leitartikel der „Freiheit" den Kautsky-Artikel durchaus zustimmend behandeln.

Da auch in der Frage der internationalen Verbindung der Parteitag sich zweifellos in verstärktem Maße für die Amsterdamer Tendenzen und eine bedingte Verständigung mit Parteien der 2. Internationale aussprechen wird, so sind am Ende die Befürchtungen, mit denen wir diesem Parteitag folgen, weitaus stärker, wie etwa die Hoffnungen, die sich aus ihm für eine Stärkung der Kampfkraft des Proletariats schöpfen ließen.

Wilhelm Koenen.

Politische Nachrichten

Stinnes als Zeitungskäufer

Die Stinnesierung der Presse macht täglich Fortschritte. Jetzt hat die Großfinanz der Deutschen Volkspartei auch die bisher demokratische „Ostsee-Zeitung" angekauft. Damit verliert die deutschdemokratische Partei ihr Hauptorgan in Pommern. Bald wird es überhaupt keine demokratischen Blätter mehr geben, und die meisten ihrer Redakteure haben es bereits rechtzeitig verstanden, schon unter der alten Firma die Politik der Schwerindustrie mitzumachen, wie es die Deutsche Volkspartei befahl.

Was wird aus Miller?

Vor einigen Wochen hat der Stettiner Sozialdemokratische Polizeipräsident Fenner unserem Genossen Miller einen Ausweisungsbefehl zugehen lassen. Die gesamte Arbeiterschaft, die Parteigenossen des Herrn Fenner nicht ausgenommen, protestierten spontan gegen diesen Willkürakt. In den Betrieben wurden Delegationen gewählt, die aus USP.-, SPD.- und KPD.-Arbeitern bestehen, zu Fenner gingen und die Aufhebung des Ausweisungsbefehls forderten. Eine Versammlung der SPD.-Funktionäre, die gesamte pommersche SPD.-Presse, der Stettiner Metallarbeiter-Verband und viele andere Organisationen nahmen einmütig Stellung gegen Fenner.

Seitdem sind nun einige Wochen vergangen. Am Donnerstag, dem 5. Januar, ist der Genosse verhaftet und zum Polizeipräsidium wegen angeblichen Waffenstragens gebracht worden. Dort wurde ihm erklärt, daß Minister Severing seine Ausweisung innerhalb 2 Wochen telegraphisch verfügt habe. Aus diesem Anlaß rufen unsere Stettiner Genossen die dortige Arbeiterschaft zu einer einmütigen Protestaktion gegen den Willkürakt der Orgeshpolizei auf.

Streik in den Erfurter Malzfabriken

TU. Erfurt, den 8. Januar. In den Erfurter Malzfabriken ist ein Lohnstreik ausgebrochen. Die Technische Nothilfe wurde eingesetzt, um die Notstandsarbeiten zu sichern.

Aussperrung in der Rheinischen Metallwarenfabrik

Die Direktion der Rheinischen Metallwarenfabrik, Abt. Sömmerda, hat die Arbeiterschaft auf die Straße geworfen. Unter dem Vorwande die Akkordpreise für Pistolen seien zu hoch, ist ein Abzug vorgenommen worden. Die Arbeiterschaft des genannten Werkes stellte darauf die Akkordarbeit ein und verlangte Zurücknahme der Abzüge. Die Direktion erklärte: „Wenn nicht im Akkord gearbeitet wird, werden aus jeder Abeiteilung 6 bis 8 Mann entlassen. Am Nachmittag des 5. Januar wurde diese Drohung durchgeführt. Darauf legten sämtliche Arbeiter des Werkes die Arbeit nieder.

Arbeitslosenziffer in England

Die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien betrug am 30. Dezember 1 882 000, das sind 71 590 mehr als am 23. Dezember.

Lohnherabsetzung in Amerika

Der „Verband amerikanischer Reeder" wird unverzüglich mit Vertretern des Personals aller Reedereien, die diesen Verband angehören, über eine 15-prozentige Lohnherabsetzung verhandeln. Diese Lohnherabsetzung soll notwendig sein, um gegen die Konkurrenz ankämpfen zu können.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220109-18/fragment/page=0002

Die „Enthüllungen" zu den Märzkämpfen*)

Von G. Sch.

— II.

Es geht aus verschiedenen Stellen der Berichte der Genossen **Schmidt und Merker hervor**, daß die Verfasser von der Levigruppe bestellt und mehrmals gemeinsam an jener Stelle versammelt waren, wo die Berichte aufgenommen worden sind. Es handelt sich also durchaus nicht um Berichte an die deutsche Zentrale, sondern um die Zusammenstellung von Material der Levigruppe gegen die deutsche Zentrale und für die Rechtfertigung der Politik der Levi, Däumig usw. Levi, der während der Märzbewegung gar nicht in Deutschland gewesen ist, und der froh war, nachträglich eine Rechtfertigung für sein Ausscheiden aus der Zentrale und für seine damalige politische Einstellung zu finden, sammelte die Mißvergnügten, die es bei jeder Bewegung gibt, um sie für diese Zwecke auszunutzen. Es sind auch noch eine ganze Anzahl anderer Genossen damals in die Wohnungen von Adolf Hoffmann, Däumig usw. vorgeladen worden, die aber ablehnten sich zu äußern und die sich hüteten, daß ihre Aeußerungen zu Papier gebracht wurden, weil sie befürchteten, daß solche Ausführungen früher oder später gegen irgendwelche Genossen von den Behörden als Anklagematerial zurechtgemacht werden könnten.

Es ist natürlich schwer sich zu dem Charakter der Berichte zu äußern, ohne sich mit den betreffenden Genossen zu beschäftigen. Wenn wir die wirklichen Verhältnisse von damals schildern wollten, dann würde uns der „Vorwärts", die „Freiheit", ebenso wie Levi und seine Anhänger angreifen, weil wir Genossen, die gekämpft haben, bloßstellen würden. Was bleibt aber übrig. Man kann nicht die eine Seite feste drauflos denunzieren lassen und dann unser Schweigen politisch ausnutzen lassen. Es handelt sich durchaus nicht um die Person des Genossen Eberlein, auch nicht um die damalige Zentrale, sondern es handelt sich um die Partei. Und wenn eine Seite dauernd schiefe Darstellungen ausnutzt, dann muß der anderen die Gelegenheit gegeben sein, auch zu antworten und wenn man schon die langen Berichte ergründen will, dann muß man schon beiden Seiten das Recht zugestehen, zu sagen was notwendig ist. Wenn wir uns darum im Nachfolgenden mit einzelnen Genossen, die für jene Berichte verantwortlich gemacht werden, beschäftigen müssen, so tun wir das nicht aus freien Stücken, sondern sind dazu leider gezwungen durch die Angriffe der Gegner.

Die Genossen Lemck, Bowitzki und Merker kannten die politische Bedeutung der Bewegung nicht. Sie waren seit vielen Monaten rein militärisch eingestellt. Lemck war der Vertreter jener alten „Illegalen" in der USPD. Er nahm nur selten an den Sitzungen der Bezirksleitung teil, hielt sie für unfähig, weil sie auf seine militärischen Spielereien nicht einging und mehr wie einmal Rechenschaft über sein Tun forderte. Die Bezirksleitung forderte schon im Januar 1921 von der Levi-Zentrale die Versetzung des Genossen Lemck in die legale Arbeit. Auf wiederholtes Drängen kam Däumig als damaliger Leiter der MP. in eine Sitzung Ende Januar nach Halle und wurde an Ort und Stelle über alle Tätigkeit des Genossen Lemck informiert. Däumig hielt zwar eine Brandrede gegen die Soldaten-Spielerei des Genossen Lemck, hielt aber hinterher eine Sitzung mit der MP.-Leitung allein ab, in der er seine eigene Kritik wieder umstieß. Die Versetzung des Genossen Lemck wurde von der neuen Zentrale zweimal beschlossen. Er lehnte es ab und fand Unterstützung bei seinen MP.-Freunden im Bezirk. Bei Beginn der Mansfeldischen Bewegung nahm sich Lemck keine Zeit, mit der Bezirksleitung alle Fragen zu beraten. Ihm war jede politische Beratung, auch die kürzeste, verhaßt.

Nach dem Zusammenbruch der Märzbewegung mußte Genosse Lemck wie viele Tausende die Flucht ergreifen. Er kam nach Berlin und hier benutzten ihn Levi und Däumig als ein willkommenes Werkzeug gegen die Zentrale.

Die Aufzeichnungen sind durch Fragen und Antworten zustande gekommen. Immer wieder fragte Däumig nach allen möglichen Funktionen von Zentralmitgliedern, besonders von Eberlein, sodaß sich Lemck zu der Behauptung versteigt, daß alle Sprengungen in Mansfeld auf Anordnung Eberleins geschehen seien. Ist das schon technisch eine Unmöglichkeit, so ist sie an sich unwahr, weil aus allen Berichten hervorgeht, daß Eberlein nie ins Mansfeldische gekommen ist und die meisten Sprengungen schon vorüber waren, ehe Eberlein überhaupt in Mitteldeutschland eintraf.

III.

Liest man die Berichte objektiv durch, dann ergibt sich von selbst, was Phantasie sein muß und was Wirklichkeit sein kann. Es geht aus den Berichten klar hervor, daß es Unsinn sein muß, wenn Lemck aussagt, Eberlein habe am Mittwoch, dem 23. März, verlangt, die Sipo zu provozieren.

Aus einer ganzen Reihe Stellen aller vier Berichte geht gerade das Gegenteil hervor:

Bowitzki: „... als von der Zentrale ausdrücklich der Auftrag gegeben wurde, die Aktion wohl einzuleiten und zu steigern, jedoch nur so weit, daß jederzeit ein Abblasen möglich sei."

„Da aber uns durch die Besetzung Mitteldeutschlands das Handeln von der Reaktion vorgeschrieben war, mußten diese Bedenken zurückgestellt werden. Die Arbeiterschaft der Mansfelder Kreise, die von der Besetzung mit Sipo am meisten betroffen war, ließ sich jedoch nicht mehr zurückhalten und stellte schon am Sonntag, dem 20., das bekannte Ultimatum. Dieses stand allerdings nicht in unserem Programm und ging weiter als der Bezirksleitung für den Augenblick ratsam schien. Die Bezirksleitung sah sich jedoch veranlaßt, dem Rechnung zu tragen und die Aktion im Mansfelder Lande zu stützen."

Lemck: „Am 20., Sonntags, erfuhren wir, daß die Mansfelder Arbeiterschaft der Sipo in Hettstedt ein Ultimatum gestellt hatte, das um 12 Uhr ablief, im übrigen Mansfeld um 4 Uhr. Wenn diese bis dahin nicht eingehalten würden, wollte die Arbeiterschaft die Notstandsarbeiten einstellen und aggressiv vorgehen."

Merker: „Die Mansfelder Arbeiterschaft war erbittert, daß die Bezirksleitung Halle 48 Stunden noch zögerte mit der Proklamierung des Generalstreiks."

Schmidt: „Schneider erklärte, bei uns läßt sich die Sache nicht mehr halten. Am anderen Tage, so wurde uns erzählt, soll in Eisleben ein Ultimatum gestellt sein, eins, welches um 1 Uhr abläuft, das andere um 4 Uhr."

Diese Darlegung von allen vier Genossen beweist, daß nicht diese Aktion von den Kommunisten befohlen oder provoziert ist, sondern daß im Gegenteil die Arbeiterschaft gegen den Willen der Kommunisten von Hörsing und seinen Banden provoziert worden ist.

IV.

Die „Enthüller" hofften bei der weiten Verbreitung der bürgerlichen und sozialistischen Presse, die über jene Berichte herfielen, daß eine Pogromstimmung gegen die Kommunisten eintreten würde. Die Arbeiter in der USPD. und SPD., die in zunehmendem Maße Sympathie für die Kommunisten bekamen, sollten wieder von der KPD. zurückgerissen werden. Das ist den „Enthüllern" nicht gelungen, weil unsere Partei selbst schon vorher die Märzaktion eingehend besprochen und verurteilt hat, die volle Klarheit über die politische Bedeutung der Märzaktion in die breiten Massen zu bringen.

In der Partei war die Frage der Märzaktion schon längst vor den „Vorwärts"-Enthüllungen" entschieden. Gleich nach der Niederlage der Arbeiterschaft im Märzkampf setzte die Debatte ein. Die Klärung erfolgte auf den Bezirkskonferenzen, in zwei Sitzungen des Zentralausschusses, auf dem Weltkongreß der 3. Internationale und schloß ab mit dem Parteitag in Jena. Dort wurden klar und deutlich die Fehler der Märzaktion erkannt und mit einem Ausblick nach vorwärts die Diskussion über die Märzaktion abgeschlossen.

Die jetzt „enthüllten Berichte" waren dem größten Teil der führenden Genossen bekannt, mindestens den Teilnehmern der Zentralausschußsitzung vom 5. Mai, Levi und seinen Kreisen in und außerhalb der Partei. Gerade die letzteren Genossen haben damals diese Berichte innerhalb der Partei verbreitet. Für sie waren also die „Enthüllungen" absolut nichts Neues. Trotzdem haben diese Genossen nichts gegen den Genossen Eberlein oder die übrigen Mitglieder der „Märzzentrale" gesagt, als diese auf dem Parteitag in Jena erneut in die Zentrale gewählt wurden. Sie haben, obwohl sie den Inhalt der vier Berichte seit Mai kannten und Genosse Braß diesen Inhalt auf einer Bezirkskonferenz in Remscheid am Sonntag, dem 24. April 1921, vortrug, gegen die Zentrale keinen Vorstoß unternommen. Wenn jetzt, als der „Vorwärts" und die gesamte Oeffentlichkeit über den Genossen Eberlein und die Zentrale herfällt, diese Genossen den Rücktritt der Zentrale fordern, so ist das ein frivoles Spiel nicht nur gegen die Zentrale, sondern gegen die Partei.

*) Aus dem Vorwort der Schrift: Die „Enthüllungen" zu den Märzkämpfen. Enthülltes und Verschwiegenes.
Verlag der Produktiv-Genossenschaft, Halle-Merseburg, Halle an der Saale, Lerchenfeldstraße 14. (Die Redaktion.)

Die deutsche Wirtschaft „gesundet"!

„In Deutschland verfallen die Produktivkräfte nicht! In Deutschland regen sich alle Hände, in Deutschland schnurren alle Rädchen, und Deutschland hat seine Produktivkräfte nach dem Kriege zu einer größeren Kraft zusammengefaßt, als selbst vor dem Kriege."
Paul Levi.

O. P. In Deutschland rollen die wechselnden wirtschaftlichen Bilder gleich einem Filmband ab. In Deutschland folgte der Frühjahrskrise mit riesenhafter Arbeitslosigkeit die Sommer-Herbst-Scheinkonjunktur, die jetzt wiederum einer schweren Krise Platz macht, und Deutschlands wichtigste Produktivkraft — die menschliche Arbeitskraft — wird, je weiter wir uns vom Kriegsende entfernen, in gesteigertem Maße ein- und ausgeschaltet, gelähmt, verschleudert und vernichtet.

Wenn man aus der wirtschaftlichen Bilderreihe ein Momentbild ausschneidet und auf Grund dieses das Horoskop stellt für die Wirtschaft und die revolutionäre Stellung der Arbeiterschaft in dieser Wirtschaft, dann kann man den Astrologen, der am deutschen Wirtschaftshimmel Hoffnungssterne erblickt, leicht einen Spaßmacher zweiter Garnitur nennen. Richtiger ist allerdings, zu sagen, daß, wenn ein Marxist derartig praktiziert, er die tatsächlichen Wirtschaftszustände nicht objektiv, sondern durch seine politisch gefärbte Brille betrachtet. Paul Levi begeht diesen Fehler, indem er kurzerhand den Satz hinschmeißt: In Deutschland verfallen die Produktivkräfte nicht. Eine so einseitige Betrachtung und Beurteilung eines kurzlebigen Wirtschaftszustandes, einer Wirtschaftsepisode, herausgerissen aus einer von schweren Krisen fieberhaft geschüttelten Episodenreihe, und die echt marxistische Schlußfolgerung dazu: Der deutsche Kapitalismus erstarkt, weil die „Rädchen" fünf Minuten schnurren und Hugo Stinnes sich mit amerikanischen Reedern kartelliert zum Kampf gegen die Deutsche Schiffahrtsgesellschaft, wahrlich eine der glänzendsten Leistungen Paul Levis, der sein politisches Glaubensbekenntnis mit wirtschaftlichen Momentaufnahmen ausstaffiert, damit der trockene Text gehoben wird.

Wenn man eine Hochkonjunktur der deutschen Wirtschaft, die von allen bürgerlichen Wirtschaftspolitikern als Scheinkonjunktur klar gedeutet wurde, als festgefügten Standort betrachtet, von dem man auf die weitere Zukunft der Wirtschaft Schlüsse zu ziehen glaubt berechtigt zu sein, so ist das ebenso falsch, als wenn man als Standort eine Krisenepisode der Wirtschaft wählt.

Man hat, um ein Fundament zu gewinnen für die Untersuchung des Problems: Erstarkt die kapitalistische Wirtschaft in Deutschland oder nicht? zum mindesten folgendes festzustellen:

Die Produktionsgrundlage und die Akkumulation des Kapitals der **Vorkriegszeit.** Die **Veränderungen** der Produktionsgrundlage und Akkumulationsmöglichkeiten durch den aus schwerer kapitalimperialistischer Krise entsprungenen Weltkrieg. Die Produktionsgrundlage und Akkumulationsmöglichkeiten und -aussichten der **Nachkriegszeit.** Im vorstehenden liegt drin, daß man die deutsche Wirtschaft als Ganzes zu untersuchen hat. Unsere heutige Zeit legt uns nahe, auch die Beziehungen des deutschen Kapitalismus mit dem Weltkapitalismus nicht zu vergessen.

Hat man dieses festgestellt, dann hat man ein objektives Bild der deutschen kapitalistischen Wirtschaft vor dem Kriege und eins nach dem Kriege. Man hat den vollen ökonomischen Inhalt der Streitfrage dann erfaßt. Auch würde man dann nicht so leicht dem Irrtum verfallen, der starken politischen Machtposition des Kapitalismus in jedem Falle eine starke ökonomische Basis zu unterschieben.

Wie leicht man das Beispiel der Levischen „schnurrenden Rädchen" in die ihm zukommende, ach so bescheidene Statistenrolle zurückschieben kann, wird durch die Zahlen der Außenhandelsstatistik bewiesen:

Im Mai 1921 wurden Waren im Werte von 5,5 Milliarden Mark eingeführt und 4,5 Milliarden ausgeführt. Im Oktober 1921 eingeführt 13,8 Milliarden und ausgeführt 9,7 Milliarden.

Der **Einfuhrüberschuß** in den 4 Monaten Mai bis Oktober 1921 war wie folgt:

Mai	0,9 Milliarden
Juni	1,0 „
Juli	1,4 „
August	2,7 „
September	3,1 „
Oktober	4,2 „

Diese Ziffern sind der deutschen amtlichen Statistik entnommen. Deutschland führt also mehr ein als aus. Deutsches Kapital arbeitet im Auslande lange nicht in dem Maße, als fremdes Kapital in Deutschland. Man kann gegenüber Levi also sehr gut sagen, daß es mit der **Akkumulation des deutschen Kapitals mies bestellt ist.**

Alles andere als eine Bekräftigung der Behauptung Levis enthalten die Berichte der Handelsblätter und der Handelskammern. Ueberall findet man, daß die

„Preisbesserung der Mark infolge der Washingtoner Konferenz Anfang Dezember das ganze Wirtschaftsleben erschütterte. Aus der Industrie wird von allen Seiten ein Stocken im Auftragseingang gemeldet.

Im „Frankfurter Handelsblatt" findet man folgende Feststellung:

„Am Ende des Jahres war der Höhepunkt der Konjunktur „von einige Zeit überschritten und es machte sich eine Stagnation und auch ein Abstieg der Konjunktur merklich fühlbar. Die Gründe dürften darin liegen, daß sich der Inlandsmarkt auf eine geraume Zeit hinaus mit Eisen- und Stahlwaren eingedeckt hat, und daß wir infolge des Steigens der Mark, des sprunghaften Anziehens aller Gestehungs- und sonstigen Unkosten und des Fallens der Preise für Eisen auf dem Weltmarkte für das Ausland wieder zu teuer geworden sind."

Also wir taumeln wieder in eine neue Krise hinein. Eine verschärfte Arbeitslosigkeit ist bereits vorhanden. Weiter wird von allen Wirtschaftsblättern bezichtet, daß in kurzer Zeit die **riesige Ziffer der Arbeitslosigkeit des Frühjahrs 1921 erreicht werden wird.** Wir brachten gestern die Meldung daß im letzten Monat die Zahl der Arbeitsuchenden um 11 Prozent zugenommen hat.

Diese Tatsachen des Umschlagens in der Wirtschaft, das Ablösen der „Hochkonjunktur" von der Krise, das schnelle Aufeinanderfolgen der Krisen sollten Warnung sein, aus einem augenblicklichen Wirtschaftszustand politische Schlußfolgerungen auf weite Sicht zu ziehen.

Aus der Partei

Zur Lage in der Partei

Die Jenaer Parteigenossen beschäftigten sich am Freitag abend in einer außerordentlich stark besuchten Mitgliederversammlung mit der Lage in der Partei. Genosse Georg Schumann referierte. Der Verlauf der Versammlung zeigte, daß die Jenaer Parteigenossenschaft von den Quertreibereien der Leute um Friesland nichts wissen will. Die Partei hat jetzt wichtigere Aufgaben zu erfüllen, als dem „Vorwärts" zu Liebe aufs neue über die Märzaktion zu streiten und über levistische Spintisiereien zu diskutieren. Dementsprechend brachte die Jenaer Parteimitgliedschaft einmütig zum Ausdruck, daß sie geschlossen hinter der Zentrale steht.

Ein neuer kommunistischer Erfolg in den Gewerkschaften. Die Neuwahl des Gesamtvorstandes im Textilverband Meerane ergab einen Sieg der Kommunisten. Der Vorstand ist nun wie folgt besetzt: 5 KPD., ein mit der KPD. sympathisierender, 4 USPD., sowie 4 KPD. und ein USPD. für das Gewerkschaftskartell.

Wirtschaft

Konjunkturumschwung auf dem Stahlmarkt

Nach einer Meldung der „Vossischen Zeitung" vom 6. Januar, wurde auf der Tagung des Verbraucher- und Erzeuger-Ausschusses des Stahlbundes festgestellt, daß zwar die Geschäftsführung und der Auftragseingang noch nicht nachgelassen hätten, daß aber Anzeichen für eine Konjunkturverschlechterung erkennbar seien.

Die Konzentration des Bankwesens

Die Bank für Handel und Industrie hat das Bankgeschäft H. M. Fliesbachs Wwe. in Glogau übernommen.

Die Bankhäuser F. Bleichröder in Berlin und H. Aufhäuser in München haben eine enge Interessengemeinschaft abgeschlossen. Je ein Inhaber der beiden Bankhäuser tritt als Teilhaber in das andere Bankhaus ein.

Vom Tage

Neue Heldentaten der SPD.

In einer Sitzung der Bürgerschaft in Lübeck beantragte unsere Genossen die sofortige Entfernung aus dem Sitzungssaal der Büsten von Bismarck und Moltke und die Aufstellung der Büsten Karl Marx's und Lassalles. Dieser Antrag wurde von den sozialdemokratischen Abgeordneten im Bunde mit den bürgerlichen Parteien abgelehnt. In diesem kleinen kuriosen Beispiel spiegelt sich die ganze politische Einstellung der SPD.-Führer: zusammen mit der Bourgeoisie gegen den Sozialismus.

Die zweite Heldentat wurde von Rechtssozialisten in der Planener Stadtverordnetenversammlung verübt. Dort bewilligten sie ebenfalls im Bunde mit den Bürgerlichen 2 Millionen für Beschaffung von Wein. Für die Verbilligung von Milch hatten dieselben Sozialdemokraten nur 45 000 Mark übrig. Mögen die Arbeiterkinder verhungern, es lebe der Alkohol!

Ein Hamburger Dampfer in der Ostsee gesunken

Stettin, 7. Januar. Zwischen Saßnitz und Stubbenkammer ging der Hamburger Dampfer „Attila", der von Stettin nach Hamburg unterwegs war, im Schneesturm unter. Ueber den Untergang wird uns aus Saßnitz noch gemeldet: Große Wogen hatten die Luken des Schiffes eingeschlagen, so daß das Wasser in den Schiffsraum drang und das Schiff in kurzer Zeit zum Sinken brachte. Der Dampfer hatte 12 Mann Besatzung, von denen 6 mit dem Schiffe untergingen. Den anderen sechs gelang es, in das umhertreibende Rettungsboot zu kommen. Ein Mann wurde aber sofort wieder über Bord gespült; die anderen sind in der Nacht im Boote erfroren. Das Boot wurde unweit Lohme an den Strand geworfen. Man fand einen erfrorenen Matrosen, während zwei andere, an einen Strick gebunden, über Bord hingen. Der über Bord gespülte Matrose wurde unweit des Leuchtturmes von Ranzow an den Strand geworfen. Er sah den Leuchtturm, ging darauf zu, fand ihn aber verschlossen. Er zertrümmerte eine Scheibe und erholte sich einige Zeit. Dann versuchte er die nächste menschliche Behausung zu erreichen, brach jedoch mit erfrorenen Gliedmaßen zusammen. Heute fand man ihn und brachte ihn nach Schloß Ranzow.

Ein Riesenbrand in England

Aus London wird gemeldet: In West Hartlepool, dem großen Schiffsbauzentrum im nordöstlichen England, ist auf einer Werft ein Schadenfeuer ausgebrochen, das verhängnisvolle Ausmaße angenommen hat. Der Sturmwind machte alle Anstrengungen zunichte, das mit rasender Schnelligkeit um sich greifende Feuer auf den Brandherd zu lokalisieren. In der Nacht trennte ein Flammenvorhang in einer Länge von 1500 Metern den Westteil vom Ostteil der Stadt. Mehrere Werften und Holzplätze, die ein Areal mindestens 20 Hektar bedecken, fielen den Flammen zum Opfer. Ganze Straßenzüge, namentlich in den Arbeiterkolonien in der Nähe der Werften, sind vollkommen ausgebrannt. Nach den letzten Nachrichten sind 500 Personen obdachlos, der Schaden wird schon jetzt auf 1 Million Pfund Sterling zu berechnen sein.

Die Grippe. Karlsruhe. **In den Monaten November/Dezember** starben hier 348 Grippekranke.

Die Explosion auf dem Léon. Athen, 6. Januar. Durch die Explosion auf dem Torpedobootszerstörer Léon wurden 21 Personen getötet und 42 verletzt.

Wegen Stresemann. Hagen i. W., 6. Januar. Wegen des Attentats auf Stresemann zu Lüdenscheid wurden drei Arbeiter zu vier bis sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Eine Frau und drei Kinder vergiftet. Berlin, 6. Januar. Die Frau des Direktors Ebbeke vergiftete sich und ihre drei gleich ihr erblich nervenkranken Kinder in Abwesenheit ihres Gatten, um diesem eine Last abzunehmen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220109-18/fragment/page=0003

K ☆ P ☆ D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. **Fernsprecher:** 1473. **Postscheckkonto Leipzig 107001, Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit:** Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14. Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 6 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

11. Distrikt. Donnerstag, 12. Jan., abends pünktlich ½8 Uhr, im Rest. „Seestern": **Distriktsversammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag des Gen. Redakteur Otto Müller über: „Die Lage in der Partei". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Montag, den 9. Januar, abds. 8 Uhr, im „Gewerkschaftshaus", Harz 42/44: **Sitzung aller Obleute der kommunistischen Elternbeiräte.**

Kommunist. Kindergruppe. Dienstag, den 10. Januar, abends 7 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft", Lerchenfeldstraße 14: **Vorstandssitzung.**

Unterbezirk Mansfeld.

Eisleben. Donnerstag, den 12. Januar, abends 8 Uhr, beginnt im kleinen Saale des „Volkshauses" ein **Kursus** über pol. und wirtschaftl. Tagesfragen statt. Lehrer: Gen. R. Schoenlank (Halle). Beginn Punkt 7 Uhr. Alle Genossinnen und Genossen werden ersucht, am Kursus teilzunehmen.

Benndorf. Unsere **Frauenabende** finden jeden Freitag abend 8 Uhr bei Max Spitze statt.

Unterbezirk Sangerhausen.

Sangerhausen. Mittwoch, den 11. Januar, abends von 7 bis 9 Uhr, in der „Bierhalle": **Schönlank-Kursus** für den ganzen Unterbezirk. Genossen macht von diesem Kursus regen Gebrauch.

Sangerhausen. Sonntag, den 15. Januar, vormittags 9½ Uhr: **Unterbezirks-Konferenz.** Alle Ortsgruppen müssen unbedingt vertreten sein. Wichtige Tagesordnung.

Unterbezirk Naumburg-Weißenfels-Zeitz.

Versammlungen finden statt in:

Aue-Zangenberg am Dienstag, dem 10. Januar 1922, abends 7 Uhr,

Mannsdorf am Mittwoch, dem 11. Januar 1922, abends 7 Uhr,

Rippicha am Donnerstag, dem 12. Januar 1922, abends 7 Uhr, im Gasthof,

Podebuls-Wetterzeube am Freitag, dem 13. Januar 1922, abends 7 Uhr, im Gasthof Wetterzeube,

Reuden am Sonnabend, dem 14. Januar 1922, abends 7 Uhr, im Gasthof.

Deutsch. Metallarb.-Verband

Ortsverwaltung Halle.

Mittwoch, den 11. Januar, abends 7 Uhr, im „Volkspark":

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. **Die wirtschaftliche Lage und die 10 Punkte des ADGB.** Referent: Reichstagsabgeordneter **Brandes.**
2. **Die ablehnende Antwort der Metallindustriellen auf unsere Lohnforderung.**

Die Kollegen werden ersucht, **bestimmt und pünktlich** zu erscheinen.

Ohne Mitgliedsbuch des DMV. kein Einlaß.

113 **Die Ortsverwaltung.**

Deutscher Bauarbeiter-Verband

Bezirksverein Halle.

Mittwoch, den 11. Januar, abends pünktlich ½8 Uhr, im „Volkspark" (Restaurationssaal):

Mitgliederversammlung.

Tagesordnung:

1. Anschreiben der Mitteldeutschen Bauzentrale wegen Mittelbewilligung an die zu gründende Bauhütten-Betriebs-Zentrale.
2. Ferienfrage.
3. Wahl der Delegierten zum Bezirkstage.
4. Verbandsangelegenheiten.

Das Erscheinen aller Mitglieder, insbesondere der Baudelegierten, ist Pflicht. 112

Die Ortsverwaltung.

Gute Bücher,

Jugendschriften, Bilderbücher, Soziale Romane und **sozialwissenschaftliche Literatur** kaufen unsere Genossen am besten in ihrem eigenen Unternehmen, der

Bezirks-Zentralbuchhandlung der Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg,

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Licht-Spiele

Täglich! Täglich!

Der **Sensations-Abenteurer**-Film

„Unus — Der Weg in die Welt"

Hauptrolle und Regie: **Harry Piel**

109 Ferner:

„Wem's juckt, der kratze sich."

Tolles Lustspiel mit **Gerh. Dammann** und **Hansi Dege.**

Beginn 4 Uhr.

Fernsprecher 4681. Im Herzen der Stadt

U.T

115

Der amerikanische Riesen-Fortsetzungsfilm in 6 Abteilungen, 36 Akte

Braß Bullet

Das Panzergeschoß

1. Teil: **Ein kompliziertes Vermächtnis.**

2. Teil: **Heirat wider Willen.**

Beginn 3.30 Uhr.

Pola Negri

in der Tragödie in 5 Akten

Sappho.

Die Brandung braust.

Lebensbild in 1 Vorspiel und 4 Akten.

Beginn 4 Uhr.

Leipziger Str. 88

Alte Promenade 11a

Burg-Theater.

Montag geschlossen. 111

Ab morgen, Dienstag, abend bis Donnerstag:

3 große Sensations-Vorstellungen

mit **Deutschlands größtem, aktivsten u. internationalen Weltboxer Breitensträter:**

Der Herr des Tages. 9 Akte.

Walhalla Lichtspiel-Theater

Täglich:

Mit Büchse und Lasso

2. Episode:

In wildem Ringen

6 gewaltige Akte

mit **Eddie Polo,** dem größten amerikanischen Cowboy- und Sensationsdarsteller in der Hauptrolle.

Vorführung: 4.00, 7.05, 9.30 Uhr.

Ferner: 108

Das Geheimnis der grünen Villa

Detektivabenteuer in 5 Akten

Vorführung: 5.15, 8.15

Einlage (wochentags): **Eine Walzernacht** Schwank in 3 Akten.

Teichmanns Hotel, Ammendorf.

Die Sprache der menschlichen Hand. 18

Charakter, Vergangenheit, Gegenwart, Zukunft.

Nur einige Tage zu sprechen bis abends 10 Uhr.

Letting, wissenschaftlich geprüfter Handliniendeuter.

Zeitungsträger für Könnern

gesucht. Gewissenhafte Bewerber wollen sich melden bei

Gustav Klumne, Könnern,

Feldberg 16a.

Die Internationale

Wochenschrift für Praxis und Theorie des Marxismus

Begründet von Rosa Luxemburg u. Franz Mehring

Inhalt des Heftes:

Ernst Meier: Zur Krise unserer Partei.

A. Thalheimer: Die Theorie des Liquidatorentums. (Fortsetzung).

R. Siewert: Budget in Sachsen.

O. Geschke: Die Ursache des Eisenbahnerkampfes.

E. Pawlowsky: Verfall od. Entwicklung der Produktionskraft in Deutschland?

H. Neumann: Der Marsailler Kongreß der KPF.

Preis 2.– Mark / Vierteljährlich 24.– Mark

V · I · V · A

Vereinigung Internationaler Verlags-Anstalten G. m. b. H. (Frankes Verlag / A. Seehof & Co.) Berlin SW 61

Stadt-Theater.

Dienstag, d. 10. Januar 1922, nachmittags 3½ Uhr. Zum letzten Male:

Dornröschen.

Abends 7½, Ende 10 Uhr:

Im weißen Rößl.

Lustspiel von Blumenthal und 114 Kadelburg.

Mittwoch: **Die beiden Nachtigallen.**

Hallisches Operetten-Theater

110

am Riebeckplatz (Fernruf 6183)

Täglich, abends 7½ Uhr:

Die Geisha.

Operette von Sidney Jones. Vorverkauf täglich von ½10 bis 1 Uhr, und ab 5 Uhr nachm. an der Theaterkasse im Neubau des Theaters.

ZOO

Dienstag, den 10. Januar, abends 8 Uhr:

IV. Gesellschafts-Konzert

(Philharmonisch. Orchester.)

Leitung: **Benno Plätz.**

Solistin: **Martha Benlenstein** (Klavier).

Konzertflügel: Ritter.

Eintrittspreis 5,00 Mark. Abonnenten frei. *20

Restaurant Produktiv-Genossenschaft

Lerchenfeldstraße 14 empfiehlt einen kräftigen

Mittag- und Abendtisch.

Das Glas Bier 2,00.

Asthma

kann **geheilt** werden. Sprechstunden in **Halle a. d. S., Magdeburger Str. 60, II** Tr. jeden Sonnabend v. 10–1 Uhr.

Dr. med. Alberts,*1 Spezialarzt, Berlin **SW** 11.

Stern-Wolle

⅕ Pfd. 17⁵⁰ Mk.

Partiewaren, etc.

Magdeburgerstraße 25. am Walhalla.

für Wiederverkäufer.

Extrapreise

Pantinenhölzer

einzeln u. für Wiederverkäufer *21 billigst

Pantinenhölzerfabrik, Weingärten 41.

3

Läuse

Wanzen, Flöhe, Ungeziefer vertilgt sofort bei Mensch und Tier, 100000 mal bewährt, **„Riesolda",** ges. gesch. Verk. nur **Schurig, Steinweg 10.**

Soeben erschienen!

Bestellungen sind sofort zu richten an die Bezirks-Buchhandlung der Produktiv-Genossenschaft, Halle-Merseburg, Lerchenfeldstraße 14.

Die

Enthüllungen

zu den

Märzkämpfen

Enthülltes und Verschwiegenes

Aus dem Inhalt:

Die „Vorwärts-Enthüllungen" • Der Zweck der Enthüllungen • Charakter der Berichte • Inhalt der Berichte Die Wirkung der Enthüllungen • Wortlaut der Berichte: Bowitzki, Offiz. M.P. und politischer Kommissar • Bericht des Genossen Lemck aus Halle • Bericht des Genossen **Merker, Mansfeld • Aus dem Bericht des Genoss. Schmidt** Aussage des Genossen Richard Wegner, M.P.-Leiter für Pommern-Mecklenburg • Bericht a. d. Ortsverein Hamburg und dem Bezirk Wasserkante • **Künftige Enthüllungen (Aus Weismanns Mappe)**

1922

Herausgegeben von der Zentrale der KPD.

Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e.G.m.b.H. Halle (Saale), Lerchenfeldstraße 14

Preis 3 Mark.

Für Händler!

107

Restbestände eines großen Lagers in:

Glückwunsch-, Konfirmations-, Trauer-, Geburtstagspostkarten, Kunstkarten, Kunstblätter usw.

zu jedem annehmbaren Preise.

Leipziger Straße 55 I, am Riebeckplatz.

Ulster, neu Mark 185–

Ulster, neu Mark 280–

Leipziger Straße 55, I. am Riebeckplatz. 102

Felle kauft alle Sorten jeden Posten

F. Halle, Gr. Steinstraße 13

30 Eingang Mittelstr.

Ein Geldschrank,

mittlere Größe, wie neu, **preiswert zu verkaufen.** Zu erfragen im Verlage **„Klassenkampf",** Halle, Lerchenfeldstraße 14. F

---

1 Paar halblange **Stiefeln,** Nr. 25/26, zu verkaufen. Zu erfragen von 5–7 Uhr. 103] **Taubenstraße 18, IV.**

Dauerwäsche!

Inventur-Ausverkauf

Kleiner Berlin 2 (eine Treppe). **Kleiner Berlin 2** (Eingang Sternstraße).

Stehkragen in vielen Formen	Stück	5⁰⁰
Umlegekragen . Stück 8⁰⁰ **Liegekragen**	Stück	3⁰⁰
Panzerkragen	Stück	12⁰⁰
Manschetten, blau-weiß gestreift	Paar	10⁰⁰
Stehkragen, blau-weiß gestreift	Stück	1⁰⁰
Restposten leinene Liegekragen	Stück	50 Pf.
Gummi-Hosenträger mit Lederpatten	Paar	12⁵⁰
Derbe Socken, gute Qualität	Paar	17⁵⁰
Bügelbinder, Restposten	Stück	3⁵⁰ und 2⁰⁰

☛ Nie wiederkehrende, günstige Einkaufsgelegenheit. ☚ 116

Hemden, Einsatzhemden, Barchenthemden | **Hosen, Schals, Hemdhosen** | **Krawatten.** Riesige Auswahl. – Preise sehr billig. –

Der Verkauf beginnt **Dienstag, den 10. Jan.** und dauert nur kurze Zeit, da die Vorräte beschränkt sind.

Dauerwäsche-Vertrieb Kl. Berlin 2 (Eing. Sternstraße).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220109-18/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis

Halle, den 9. Januar 1922

Gedenkfeier für die revolutionären Helden

Am 15. Januar kehrt der Tag zum dritten Male wieder, an dem dem revolutionären Proletariat Deutschlands zwei seiner besten Führer, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, als Opfer der Weißen Horden entrissen wurden. Es ist eine Ehrenpflicht der Arbeiterschaft, dieses Tages zu gedenken und ihre toten Helden zu ehren.

Wie in einer Reihe anderer Orte, findet auch in Halle eine solche Feier statt, die die Kommunistische Partei veranstaltet, und zwar im großen Volksparksaale am Sonntag, dem 15. Januar, vormittags 11 Uhr. Die Eintrittskarten sind im Vorverkauf bei den Funktionären der KPD. zu haben. Es wird eine selbstverständliche Ehrenpflicht des Hallischen Proletariats sein, die Feier imposant und würdig zu gestalten.

Eine Versammlung des Elends

Die Arbeitsinvaliden müssen sich organisieren, damit sie nicht verhungern.

Es war das konzentrierte Elend der Klassen, das am Sonntagvormittag sich im „Volkspark“ eingefunden hatte, um die gräßliche Not und das furchtbare Elend den Heuchlern der bürgerlichen Gesellschaft ins Gesicht zu schreien. Es waren die Invaliden, die Altersrentner, die Unfallverletzten und die Hinterbliebenen, die ihr Leben, ihre Gesundheit in langen Jahren schwerster Fron für den Kapitalismus zu Markte getragen haben, aus deren Blut und Schweiß die kapitalistischen Schmarotzer ihre Profite einsackten, ganz elend zugrunde gehen sollen. Auf Krücken und Stöcken kamen sie in der eisigen Kälte und bei der großen Glätte angehumpelt, Blinde ließen sich führen, alte Mütterchen und alte Männer mit weißem Haar und abgetragener Kleidung, sie alle schleppten sich mit heißem, keuchendem Atem mühsam vorwärts. Hier fand sich im wahrsten Sinne des Wortes das konzentrierte Elend des Proletariats zusammen. Es war nur ein geringer Teil von all denen, die langsam verhungern sollen. Die Witterung hatte viele von ihnen zurückgehalten, in den „Volkspark“ zu kommen. Sie können die eisige Luft als Herz- oder Lungenkranke nicht mehr vertragen, sie können sich als Beinamputierte bei der gefahrvollen Glätte nicht mehr vorwärts bewegen. Darum mußten sie zu Hause bleiben und den Protest den Leidensgefährten überlassen, die noch besser vorwärts können. Bei ihnen allen herrscht die bitterste, die gräßlichste Not. Ihnen allen stand das durchgemachte Elend auf der Stirn geschrieben. Man fühlt, daß es mit ihrer Lebenskraft rapid bergab geht. Viele von ihnen haben kaum die Kraft noch, auch nur einen Satz zu sprechen. So schwach sind sie. Die bürgerlichen Heuchler wissen das auch alles, doch sie lassen diese vielen Arbeitskrüppel, die Blinden usw. langsam verhungern, sie werfen ihnen allmonatlich ein paar Bettelpfennige hin und glauben damit ihre Schuldigkeit getan zu haben. Es sind nicht tausend, es sind auch nicht hunderttausend, sondern es sind derer fünf Millionen im ganzen Reich, die die bürgerliche Gesellschaft elend zugrunde gehen läßt. Auch der kapitalistische Staat kümmert sich nicht um sie. Sie müssen sich darum selbst helfen . . .

Genosse **Schoenlank** gab einige Anregungen, wie sich die Arbeitsinvaliden selbst helfen können. Nachdem er in kurzen Zügen die ungeheure Not der Invaliden und Altersrentner geschildert und den schamlosen Betrug, den der kapitalistische Staat mit der Geldentwertung an den armen Teufels scharf verurteilt hatte, betonte er die Notwendigkeit eines Zusammenschlusses aller Opfer der Arbeit, um als starke Organisation die Forderungen auf ein menschenwürdiges Dasein durchzudrücken. Der Schrei, den die Organisation aus Not und Elend hinausstößt, muß gewaltig sein, daß es die bürgerliche Gesellschaft bei ihrem wilden Tanz um die Papiermillionen zur Besinnung bringt, daß sie den Atem anhalten muß, und sich unser erinnert, daß wir alle noch Menschen sind, die ein Recht auf Leben und auf ein menschenwürdiges Dasein haben. Das Geld ist da. Solange der kapitalistische Staat viele Milliarden für unproduktive Zwecke (Reichswehr, Sipo, Justiz, Kirche usw.) ausgeben kann, muß auch Geld für uns da sein, um als Mensch leben zu können. Die Unternehmer haben durch uns ihre Profite gemacht, und infolgedessen müssen sie auch für uns aufkommen. Genosse Schoenlank behandelte dann noch kurz einige organisatorische Fragen und gab bekannt, daß der Vorstand bereits mit der Stadt in Verhandlungen getreten sei. Das Ergebnis sei, daß die Fürsorge nicht der Armenverwaltung, sondern als Nebenabteilung der Kriegsbeschädigtenfürsorge angegliedert werden solle. Ferner soll der Beirat, der die Bedürftigkeit überprüfen soll, aus unseren eigenen Reihen gewählt werden. Zum Schluß legte er allen ans Herz, der Organisation beizutreten.

Als nächster Redner sprach der erste Vorsitzende des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands, **Lüneburg** (Berlin) über die Verhandlungen, die der Verband mit den maßgebenden Regierungsstellen und mit dem Reichstag gehabt hat. Er wies hierbei auf das Notgesetz hin, daß am 18. November vom Reichstag angenommen worden ist und bezeichnete es als einen ganz geringen Fortschritt. Dieser Fortschritt sei aber auch erst erreicht worden durch den Druck des Zentralverbandes der Invaliden und Waisen Deutschlands. Er betonte ebenfalls die Notwendigkeit des Zusammenschlusses aller Invaliden und Altersrentner, der Unfallverletzten und der Hinterbliebenen.

Wie diese armen Teufels von den Behörden schikaniert und noch obendrein ob ihres furchtbaren Elends verhöhnt werden, kam in der Aussprache so recht zum Ausdruck. Der blinde Klavierstimmer **Rosenthal** führte aus, daß ihm kürzlich die Armenverwaltung die Unterstützung auf die Hälfte herabgesetzt hätte. Der Armenpfleger, der die Bedürftigkeit geprüft hätte, habe in seiner Abwesenheit zu seiner Frau gesagt, daß sie ruhig **die ganze Woche Mehlsuppe kochen solle, da brauche sie kein Fleisch und kein Fett und käme dann auch mit einer geringeren Unterstützung aus.** Auf seine Beschwerde und seinen Antrag um eine höhere Unterstützung sei ihm jetzt von Merseburg folgendes Schreiben zugegangen. (Das Schreiben wird von einem anderen verlesen.) Es lautet:

Der Antrag des Klavierstimmers Rosenthal zu Halle auf Erhöhung der Armenunterstützung der Armendirektion zu Halle wird zurückgewiesen, da die aus sieben Köpfen bestehende Familie Rosenthal einschließlich der Armenunterstützung ein nachweisbares Einkommen von zusammen 1065 Mk. monatlich bezieht und dieses Einkommen zum notwendigen Unterhalt der Familie zurzeit als ausreichend angesehen wird.

Merseburg, den 21. Dezember 1921.

Unterschrift.

Aber mit dieser schamlosen Verhöhnung noch nicht genug. Rosenthal führte hierzu noch ergänzend aus, daß in dem „nachweisbaren Einkommen“ auch das Einkommen seines Sohnes in Höhe von wöchentlich 180 Mark enthalten sei. Die Versammlung nahm durch stürmische Entrüstungsrufe von diesem brutalen Vorgehen der behördlichen Stellen Kenntnis.

Ein anderer Blinder schilderte die Mißstände bei der hiesigen Blindenanstalt wo die Blinden, die 100 Prozent erwerbsunfähig sind, gezwungen werden, zu arbeiten. Wenn sie dann einmal 80 Mark ausgezahlt bekämen, dann würden sie von den Beamten verhöhnt, wie: „Was macht ihr nun eigentlich mit dem ganzen Gelde!“ usw. Unter diesen Beamten befänden sich sogar der Direktor **Bauer**, der ein Einkommen von 65 000 Mk. beziehe.

Nach einigen Schlußworten des Genossen **Schoenlank** und des Verbandsvorsitzenden Lüneburg, wurde folgende **Entschließung** einstimmig angenommen:

Die Versammlung der Sozialrentner, die am Sonntag, dem 8. Januar, stattfand, beschloß dem Reichsarbeitsministerium und der Landesregierung folgendes zu unterbreiten:

Auf Grund der Ausführungsbestimmungen des Gesetzes vom 7. Dezember 1921 zur Unterstützung von Rentenempfängern der Invaliden- und Angestelltenversicherung sind das Reichsarbeitsministerium und die Landesregierungen verpflichtet, **weitere Bestimmungen zu erlassen.** Wir erwarten daher von den zuständigen Stellen, daß sie sofort die nötigen Bestimmungen erlassen, damit die Notlage der Invaliden behoben werden kann.

Wir erwarten ferner, daß die Regierungsstellen **besondere Fürsorgestellen für Sozialrentner** einrichten und uns nicht der Armenpflege überweisen.

Den Anregungen der beiden Referenten, sich zu organisieren, kamen die alten Leute nach. Fast alle ließen sich in den Verband aufnehmen. Die ungeheure Not zwang sie, sich zu organisieren.

Für die Arbeiterparteien besteht jetzt die heiligste Pflicht, mit allen Mitteln den Hungerrentnern zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen. Sie müssen, wenn es notwendig ist, alle Kräfte mobilisieren, um den bürgerlichen Heuchlern zu zeigen, daß diese fünf Millionen Sozialrentner noch Menschen sind.

Rednerabend der KPD.

Am Dienstag, dem 10. Januar, findet die Fortsetzung des Informationsabends der KPD. statt. Genosse **Eildermann** wird über „Die Steuerfrage und die Aufgaben der Kommunistischen Partei“ sprechen.

Am vergangenen Dienstag sprach Genosse **Schoenlank** über die Lage in der Partei. Es entspann sich eine lebhafte Debatte, die bewies, daß bei verschiedenartiger Betrachtungsweise der Lage unserer Partei alle Genossen in der praktischen Arbeit und der neuen Linie der Partei einig gehen. Das ist die Hauptsache nach Ansicht aller an der Diskussion beteiligten Genossen. — Ferner wurde über eine Reihe technischer Fragen des Kursus gesprochen. Die verschiedenen geäußerten Wünsche sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden.

Die Kursusleitung verpflichtet nunmehr alle tätigen Genossen, sich an den Kursusabenden beteiligen. Umsomehr nun ein Wochentag angesetzt wurde, der es allen gestattet, zu erscheinen.

Parteinachrichten

Die Sitzung der Bezirksleitung findet nicht am Dienstag, sondern am Donnerstag, dem 12. Januar, nachmittags 5 Uhr, im Bureau, Lerchenfeldstraße 14, statt.

* **Ausgabe von Mehl an die Unterstützungsberechtigten der „Roten Hilfe“ von Halle. Durch eine Spendung hat das Gaukomitee „Rote Hilfe“ in Halle einen Doppelzentner Mehl erhalten, der am Dienstagnachmittag, pünktlich von 2 bis 4 Uhr, in der Lerchenfeldstraße 14, Erdgeschoß links, verteilt wird. Die Genossinnen werden daher ersucht unter Vorzeigen ihrer roten Legitimationskarte das bereits gepackte Mehl dort abzuholen.**

* **Achtung Eisenbahnerfraktion!** Dienstag, den 10. Januar, abends 7½ Uhr pünktlich, findet eine wichtige Sitzung der kommunistischen Eisenbahner in der Produktiv-Genossenschaft, Lerchenfeldstraße 14, statt.

* **Wie Arbeits- und Obdachlose behandelt werden** erzählen uns zwei junge Arbeiter, die durch die kapitalistische Profitsucht aufs Straßenpflaster geworfen wurden und nun in zerissenen Lumpen von Ort zu Ort wandern, um Arbeit zu suchen. Sie kamen am Freitag von Köthen zugewandert und meldeten sich, da sie mittellos waren, gegen 6 Uhr auf dem hiesigen Obdachlosenasyl. Als Aufenthaltsraum wurde ihnen, die bis auf die Haut durchnäßt waren und keine ganzen Stiefel anhatten, ein kalter leerer Raum angewiesen, in dem sie volle drei Stunden warten mußten, da die Leitung noch „auf Zuwachs wartete“. Um 10 Uhr abends wurden sie, ohne etwas zu essen bekommen zu haben, in eine kalte, enge Gefängniszelle eingesperrt. Alle sechs Mann zitterten vor Kälte am ganzen Körper. Auf ihren Protest wurden sie dann in eine andere Zelle gebracht, die etwas geheizt war. Gegen 9 Uhr morgens wurden sie wieder entlassen, nachdem sie ein Stück Brot und eine Tasse Kaffee bekommen hatten. Drei von den Bedauernswerten begaben sich nach dem Bahnhof um sich im Wartesaal etwas aufzuwärmen. An der Sperre wurden sie jedoch von einem Sipobeamten angehalten und nach kurzer Auseinandersetzung nach der Bahnhofswache geschleppt, wo einer von ihnen von einem Sipobeamten ins Gesäß getreten wurde, daß er beinahe die Treppe heruntergeflogen wäre. Ohne irgendwelche Feststellungen über die Personalien zu machen, wurde er nach einer Zelle gebracht, wo ihm der Sipomann noch eine schallende Ohrfeige versetzte. Nach wenigen Minuten holte man ihn wieder heraus und entließ ihn. — Nicht genug, daß die armen Teufels jetzt zur Winterszeit auf der Landstraße herumliegen müssen, werden sie auch noch von den Ordnungshütern mißhandelt, vielleicht in dem Glauben, daß dieses „Verbrechergesindel“ keinen Anspruch mehr auf eine menschliche Behandlung erheben kann. Und sie wissen nicht einmal, ob sie nicht selbst bald dieses Los teilen müssen.

* **Auszahlung der Teuerungszuschüsse an die Kriegsopfer im Saalkreise.** Wie wir schon früher mitteilten, erhalten die Kriegshinterbliebenen, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen, das heißt, deren gesamtes Einkommen ein Drittel der Erwerbslosenunterstützung nicht übersteigt, auf Grund des Erlasses vom 1. Dezember an Stelle der bisher von der Post gezahlten Teuerungszuschüsse ab 1. Oktober 1921 rückwirkend einen erhöhten, laufenden Teuerungszuschlag, dessen Auszahlung durch die amtliche Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene veranlaßt wird. Schwerkriegsbeschädigte, die Anspruch auf den Teuerungszuschuß haben, wollen schriftliche Anträge unter Beifügung einer Lohnbescheinigung über den Verdienst in den Monaten Oktober bis Dezember 1921 oder eine Bescheinigung über das Einkommen von der Gemeindebehörde einreichen. Die Auszahlung an empfangsberechtigte Hinterbliebene erfolgt ohne Stellung eines besonderen Antrages. Das Kreiswohlfahrtsamt ist als örtliche Fürsorgestelle für den Saalkreis zurzeit mit der Berechnung und Ueberweisung der Nachzahlungen und laufenden Beträge ab 1. Januar d. J. beschäftigt. Die Zahlung wird in der zweiten Hälfte dieses Monats durch die Ortsbehörden stattfinden.

* **Der Verband der Hausangestellten hielt gestern nachmittag eine öffentliche Versammlung in Wilsdorfs Gesellschaftshaus ab, in der zu dem neuen Hausangestelltenrecht, das jetzt von den Reichsbehörden beraten wird, Stellung genommen werden sollte. Die** Versammlung war schwach besucht. Die Kollegin **Maaß** aus Berlin sprach in längeren Ausführungen über das bevorstehende neue Gesetz und übte scharfe Kritik daran, da es den Wünschen und Bedürfnissen der Hausangestellten sehr wenig entgegenkomme und die Rechte der Arbeitgeber wohl genau festlege, nicht aber die der Angestellten. Daß ein solches Gesetz heute noch möglich sei, sei nur auf die mangelhafte Organisation der Angestellten zurückzuführen. Darum müßten sich alle Hausangestellten in dem Verband der Hausangestellten zusammenschließen. Denn nur durch die Macht einer großen Organisation könne ihre Lage verbessert werden. Der unabhängige Arbeitersekretär Wielepp wies ebenfalls auf die Bedeutung der Organisation hin. Nach einer kurzen Aussprache fand noch ein Lichtbildervortrag und ein geselliges Beisammensein statt. Eine Reihe neuer Mitglieder wurde in den Verband aufgenommen.

* **Für die Rußlandhilfe** wurde der Betrag von 243,50 Mark als Ueberschuß der Senefelder-Feier des Verbandes der Lithographen, Steindrucker und verwandter Berufe, Ortsgruppe Halle, eingesandt. Arbeiter und Arbeiterinnen! Denkt immer und überall an die Vorkämpfer der proletarischen Revolution, die auf schwierigem Posten ausharren. Sammelt unermüdlich, damit sie die Hungersnot überwinden.

* **Zoologischer Garten.** Im vierten Gesellschafts-Konzert am Dienstag, dem 10. Januar, abends 8 Uhr, wirkt als Solistin die einheimische Pianistin Martha Benkenstein mit. Sie spielt Griegs Klavierkonzert in A-moll mit Orchester. Kapellmeister Benno Plätz bringt mit dem verstärkten Philharmonischen Orchester die Fidelio-Ouverture von Beethofen, Ballettmusik aus „Les petits riens“ von Mozart, Fest-Polonaise von Svendsen, Ungarische Rhapsodie Nr. 6 (Pester Karneval) von Liszt und den Walzer „Geschichten aus dem Wiener Wald“ von Strauß.

* **Beim Wäschediebstahl ertappt.** Am Sonnabend vormittag wurde im Hause Merseburgerstraße 148 ein Schlosser beim Wäschediebstahl ertappt. Von einem sofort herbeigerufenen Polizeibeamten wurde er auf dem Dache, wohin er geflüchtet war, festgenommen.

Nietleben

In der letzten Gemeindevertreter-Sitzung wurde nach einem Vortrag des Kreiswohlfahrtsamtsdirektors Patry beschlossen, eine örtliche Wohlfahrtskommission zu wählen. An dem Krüppelfürsorgegesetz wurde scharfe Kritik geübt. Die Beschaffung eines Sport- und Spielplatzes ist nunmehr dem Kreisausschuß zur weiteren Regelung überwiesen worden. Von dem Reichsgerichtsurteil in der Wasserprozeßsache mit dem Bruckdorf-Nietlebener Bergbauverein wurde Kenntnis genommen, ebenfalls von dem Beschluß des Kreisausschusses, wonach ein öffentliches Bedürfnis zur Eingemeindung des Gutsbezirks Granau in den Gemeindebezirk Nietleben nicht anerkannt worden ist. Es soll hiergegen Beschwerde eingelegt werden. Die Gemeindevertretung hatte vor einigen Monaten Schritte unternommen, um eine Aenderung der Bahnsteiganlagen in Nietleben zu erreichen. Die Eisenbahndirektion Halle hält die heutigen Anlagen jedoch für ausreichend. Es sollen weitere Schritte auch in dieser Sache unternommen werden. Sodann wurden Etatsüberschreitungen genehmigt und die Wohnungskommission wie bisher wiedergewählt. An Stelle des Hausbesitzers Hermann Beßler tritt der Hausbesitzer Richard Brömme. Ein Antrag des Hausbesitzervereins Nietleben, in die Wohnungskommission selbst Mitglieder zu entsenden, wurde abgelehnt. Außerhalb der Tagesordnung stellte Gemeindevertreter Meretitz den Antrag auf Bewilligung von 500 Mk. **zur Eindämmung der Hungersnot in Rußland**, vornehmlich zur Unterstützung der hungernden Wolga-Deutschen. Die Gemeindevertretung beschloß die angeregte Summe zu bewilligen, und diese der Frithjof Nansen-Stiftung zu überweisen.

Dölau

Kaolin- und Tongrubenarbeiter! Am Dienstag, dem 10. Januar, abends 8 Uhr, findet bei Dierschke eine Vollversammlung statt. Auf der Tagesordnung stehen die letzten Lohnforderungen und ein Vortrag des Branchenleiters Blank aus Magdeburg. Alle Arbeiter müssen vollzählig erscheinen.

Ammendorf.

Aus dem Schweiße der Arbeiter. Ueber das noch nicht abgeschlossene Geschäftsjahr der Ammendorfer Waggonfabrik Gottfried Lindner, A.-G., teilen die bürgerlichen Blätter mit, daß sie in der Fabrikation von Eisenbahnwaggons und Straßenbahnwagen „gut beschäftigt“ ist, namentlich auch für das Ausland (wegen der hohen Valutagewinne). Gerüchte von einer bevorstehenden Kapitalserhöhung entbehren „vorderhand“ jeder Grundlage. Das Geschäftsjahr hat ein „günstiges Ergebnis“ zu verzeichnen. Es sollen wieder (wie im Vorjahre) **30 Prozent Dividende** verteilt werden. Arbeiter, habt Ihr auch etwas von der günstigen Konjunktur gemerkt? Merkt Euch das, die Gesellschaft will 30 Prozent Dividende verteilen.

Lieskau

Auf der Suche nach „Verbrechern“. Gar zu gern möchte sich der Lieskauer Gendarm Rabe das Verdienst zuschreiben, den Aufenthalt unseres Genossen Döring entdeckt zu haben, um denselben der Justiz ausliefern zu können. Aber bisher alles vergebens. Seine größte Hoffnung setzte er auf das Weihnachtsfest und deshalb war er in jenen Tagen besonders auf dem Posten. Eine liebevolle Unterstützung erhält er bei seiner Tätigkeit in dem Amtsdiener Strentz aus Lettin; ist der Rabe nicht da, kommt der Strentz mit Amtsmiene angewackelt. Ein originelles Pärchen, das wohl für Heiterkeit sorgt.

Morl

Arbeiter, erkennt Eure Klassenlage! Als am Montag einige Bergarbeiter von der Arbeit kamen, wurden sie von einigen 20 Hakenkreuzlern belästigt. Auch glaubten diese Orgeschjünger die Arbeiter mit einem Hakenkreuzlied provozieren zu können, daß sie „besonders laut in der Nähe der Arbeiter singen wollten“. Als den Arbeitern die Spielerei zu viel wurde und sich auch bereit fanden, den jungen Leuten auf den Weg zu helfen, ergriffen diese Helden eiligst die Flucht. Unsere Ausbeuter brauchen auf diese „Helden“ nicht besonders stolz zu sein. Der Vorfall zeigt aber immerhin, wie die Jugend erzogen wird. Und was tun eine Anzahl Arbeiter? Sie schicken nicht nur ihre Kinder zu uns, sondern sie gehen selbst zu den Veranstaltungen ihrer Todfeinde, gehen zu deren Weihnachtsfeiern und singen dort „Lobt Gott, ihr Christen“ und lauschen der Predigt des Pfaffen über das Heil, das der Menschheit widerfahren ist usw. um am nächsten Tage wieder über die elenden Zeiten zu jammern. Hätten diese Arbeiter die Weihnachtsveranstaltungen der Arbeiterschaft besucht, dann wüßten sie, wie die Arbeiter Weihnachten feiern sollen. Die Arbeiterschaft hat mit ihren Ausbeutern nichts gemein, ihnen müssen sie den schärfsten Kampf ansagen als Klasse gegen Klasse. Die Arbeiter haben bei den Veranstaltungen ihrer Klassengegner nichts zu suchen. Erst wenn die Arbeiter ihre volle Klassenlage erkennen, werden sie dieses fluchwürdige System von sich abschütteln können.

Oppin

Solidarität. Der Arbeiter-Bildungsverein veranstaltete Silvester einen Theaterabend, der sehr gut besucht war. An diesem Abend gedachten die Arbeiter auch den Hinterbliebenen der Märzopfer. Eine Sammlung für diese ergab den ansehnlichen Betrag von 233,05 Mk. Weiter so, Arbeiter, dann helft Ihr die bittere Not der Hinterbliebenen lindern.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schnetter; für Anzeigen: Fritz Kroh; Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Arbeiter, lest den „Klassenkampf!“

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220109-18/fragment/page=0005

Aus der Provinz

Proletarische Einheitsfront in Sangerhausen

Der Gedanke an die Zerrissenheit des Proletariats gab der Sangerhäuser Arbeiterschaft Anlaß, am 6. Januar eine sogenannte Einigungsversammlung einzuberufen. Alle drei Arbeiterparteien hatten je einen Redner gestellt, um den Einigungsgedanken zu fördern. Einigkeit! So schallte es aus dem Munde der drei Genossen. Nicht Bruderkampf, sondern Kampf gegen den Kapitalismus und seine Helfershelfer auf der Grundlage des revolutionären Klassenkampfes. Um es nun nicht nur bei schönen Worten zu belassen, hat man sich einstimmig festgelegt zu handeln. Die 10 Forderungen des ADGB. will man versuchen in die Tat umzusetzen. Die Schwerterfassung durch den Staat muß Tatsache werden.

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die heute am 6. Januar 1922 in der „Schweizerhütte" versammelten Arbeiter der drei Parteien, SPD., USP. und KPD., gedenken der politischen Opfer aus den Reihen des Proletariats.

Sie verlangen von ihren Parteien, die unverzügliche Freilassung sämtlicher politischer Gefangener aufs Nachdrücklichste zu bewirken und ihre ganze Macht einzusetzen für die Niederschlagung der Verfahren, die gegen die organisierte Arbeiterschaft angestrengt sind.

Ebenso verpflichten sich sämtliche Anwesenden, die Opfer der Kämpfe seit 1918 durch Sammlung zu unterstützen. Sie beauftragen die Vertreter der Arbeiterschaft in den Gewerkschaften, in den Regierungen, in den Staats- und Gemeindeparlamenten ihren Einfluß geltend zu machen, damit für die Unterstützung der Familien der Opfer Sorge getragen wird.

Interessant sind die Worte des Vorsitzenden der SPD am Orte: „Radbruch höre! Solange kein Kapp, Lüttwitz und Ludendorff eingesperrt werden, gehört auch kein Arbeiter, auch nicht Hölz, in das Gefängnis!"

Eine weitere angenommene Resolution lautet:

Die am 6. Januar 1922 in der „Schweizerhütte" versammelten Genossen aller Arbeiterparteien fordern von ihren Bezirksleitungen und Redaktionen in Halle die Einstellung des Bruderkampfes in Wort und Schrift und verlangen weiter, daß alle Möglichkeiten, die zur Einigung des Proletariats führen, benutzt werden. Sie verlangen an Stelle des Bruderkampfes den schärfsten Kampf gegen die Reaktion.

Wir erwarten mit allem Ernst, daß die marschierende Einheitsfront wirklich die im Interesse der revolutionären Arbeiter liegenden Anregungen aufnimmt und wirklich handelt bis zur letzten Konsequenz. Schaumschlägerei soll nicht der Zweck der Versammlung gewesen sein, sondern Ermutigung zum Kampf, zum Vollbringen revolutionärer Handlungen. Wenn die Masse marschiert mit bewußtem Schritt der Reaktion entgegen, dann wird die Einheitsfront ihren Zweck erfüllen. Ohne zu handeln und ohne zu taten, bleibt das Bestreben auf Einigung nur ein Harmonietheater!

Was die Einstellung des Bruderkampfes betrifft, soll es an uns gewiß nicht liegen. Solange aber fortgesetzt die gehässigsten Angriffe gegen die KPD. gerichtet werden (siehe die letzten „Vorwärts"-Enthüllungen usw.), sind wir gezwungen, uns dagegen zu wenden.

Die Milliardenschiebung in Magdeburg

In unserer Sonnabend-Nummer haben wir bereits kurz Mitteilung gemacht von einer aufsehenerregenden Milliardenschiebung der Firma Stooff u. Tag in Magdeburg, worüber wir in unserem Magdeburger Parteiorgan, der „Tribüne", u. a. folgendes lesen:

Seit längerer Zeit schon ist uns bekannt, daß die Gerüchte sich immer mehr und mehr verdichten, daß die Firma Stooff u. Tag in Magdeburg eine Milliardenschiebung betrieben hat. Nachdem wir nun im Besitz von sehr reichhaltigem Material sind und bisher nicht beobachten konnten, daß die Justizbehörden sich energisch für diese Angelegenheit einsetzten, halten wir es im Interesse des Volkes für außerordentlich notwendig diese ganze Angelegenheit der Oeffentlichkeit zu übergeben.

Der Rittmeister Tag aus Magdeburg, früher Mitinhaber der Firma Stooff u. Tag, Magdeburg, war in Berlin bei einer Reichsbehörde, die mit dem Verkauf von Heeresmaterial betraut war, in leitender Stellung tätig. Von dieser Stelle aus war es nur möglich, Material zu volkswirtschaftlichem Gebrauch zu erlangen. Um dieses Material zu erlangen, mußten Preisangebote an diese Behörde eingesandt werden. Die Firma Stooff u. Tag, Magdeburg, schickte nun an diese, nicht wie andere Firmen, ihr Angebot mit Preisen voll ausgefüllt, sondern ein nicht mit Preisen ausgefülltes Formular an die

Privatadresse des Rittmeisters Tag.

Dieser füllte, nachdem er Kenntnis von den anderen Preisen hatte, das Angebot mit Preisen aus und übergab es nun der Behörde, bei der er den Vorsitz führte. Auf diese Weise erhielt die Firma Stooff u. Tag immer den Zuschlag.

Es ist der Oeffentlichkeit bekannt, daß die Firma Stooff u. Tag bereits schon einmal vor der Strafkammer Magdeburg wegen Kartuschenschiebung verurteilt ist. Mit Hilfe des Rittmeisters Tag machte sich nun die Firma Stooff u. Tag des

Staatsbetruges in Höhe von 2 868 000 Mk.

schuldig. Die Firma kaufte auf dem obenerwähnten Schiebewege mehrere Waggons Minenmaterial (Messing). Dieses Material folgerte bei der Firma Krupp in Magdeburg. Diese Ladungen gingen nun auf Veranlassung der obenerwähnten Behörde an die Firma R. Wolf in Aschersleben. Stooff u. Tag schickten Frachtbriefe an R. Wolf, und ersuchten, da die Ladungen „versehentlich" dort hingegangen sein sollten, um Rücksendung an ihre Firma in Magdeburg, und erhielten von R. Wolf wirklich die Zusendung zurück. Trotz alledem wandte sich die Firma Stooff u. Tag an den Vorsitzenden der fraglichen Behörde in Berlin, den Rittmeister Tag, und erhielt auf ihr Verlangen, wegen Nichtlieferung, einen Schadenersatz für entgangenen Verdienst in Höhe von 2 868 000 Mark. Zeugen dieses Vorganges sind der Diplomingenieur August Böhmer, Fabrikbesitzer in Magdeburg, der Kaufmann Otto Theuerkauf Kogäker Straße, der Kaufmann Moebis, Pfälzerstraße, der Kaufmann Wagner bei Verrath, Bahnhofstraße. (Der Zeuge Wagner erklärte zwei Kriminalbeamten gegenüber, daß es Unsinn sei sich von einem Polizeikommissar vernehmen zu lassen, denn, wenn er um 9 Uhr vernommen wäre, wäre der Kommissar um 11 Uhr bei Stooff u. Tag und legte der Firma seine Aussage vor.) (!)

In Gegenwart des Finanzkriminalkommissars Liding, des Polizeikommissars Giebel, des Polizeibetriebsassistenten Puch und des Polizeispitzels Schulze, erklärte der Zeuge Böhmer, daß sich die Firma Stooff u. Tag einer Steuerhinterziehung von mehr als 4½ Milliarden schuldig gemacht habe. Diese Angabe bestätigte Böhmer nicht nur in seiner Vernehmung, sondern noch weiter in einem von ihm an die Polizei gerichteten Brief.

Einwandfrei wurde durch Zeugen bestätigt und der Polizei und dem Finanzamt Anzeige erstattet, daß die Firma Stooff u. Tag, weil ihre Schiebungen schon von einem Finanzbeamten gefunden waren, **diesem Beamten 500 000 Mk., also ½ Million Schweigebeziehungsweise Bestechungsgeld gezahlt sind.**

Das Finanzamt sowohl wie die Polizei waren zuerst Feuer und Flamme, denn der Kommissar Giebel freute sich schon auf seine Hälfte Belohnung von 22½ Millionen, die er von dem Polizeispitzel Schulze verlangte. Giebel wollte „nur" die Hälfte der Belohnung, die Schulze zugestanden. Um so mehr wundert es uns, daß trotz der hohen Belohnung die Polizei nicht zugegriffen hat, obwohl es doch für verschiedene hohe Beamte eine Kleinigkeit wäre, sofort alle diese dunklen Stellen zu erreichen, um sofort die Beschlagnahme der Bücher und dergleichen vorzunehmen.

Dem Kommissar Giebel wurde im März Anzeige erstattet, daß der Prokurist Salzmann der Firma Stooff u. Tag 18 Millionen **Mark Gold nach Stockholm** verschieben wollte, was auch geschehen ist. Es wurde dem Kommissar Giebel der Standort der Ladung genau bezeichnet. Er hat es nicht für nötig gehalten auch nur einen Schritt darum zu gehen oder irgendwelche Beschlagnahme zu veranlassen. So verschwanden diese 18 Millionen Gold nach Stockholm. —

Es wäre Aufgabe der Polizei gewesen, den Prokuristen Salzmann wegen Fluchtverdacht hinter Schloß und Riegel zu setzen, wie man es gewöhnlich mit Arbeitern macht, die an den Grundfesten des kapitalistischen Staates rütteln.

Eine Zuckerschiebung.

Wie wäre man mit einem Arbeiter verfahren, wenn er mehrere Waggons Zucker verschieben wollte. Am 24. oder 25. April 1921 beschlagnahmte der Polizeiassistent Domning mehrere Waggons Zucker. Als er bei der Durchsuchung der Kontorräume war, kam der Kriminalkommissar Giebel und sagte zu Domning: „Lassen Sie von der Beschlagnahme ab, das ist mein Freund, mit dem bin ich zusammen im Felde gewesen." (Gute Kriegskameradschaft.)

Alle diese Sachen sind, wie wir in Erfahrung gebracht haben, am 26. April vorigen Jahres dem Minister des Innern im Geschäftszimmer des Ministerialrats Abegg übergeben. Am 11. August 1921 wurde der Reichspräsident Ebert ersucht, die ganze Angelegenheit dem Reichstag vorzulegen, damit das Wolf Stellung gegen diese Korruptionsmiriebe nehmen sollte. Ebert antwortete, er habe die Sache dem Minister des Innern übergeben. Der Minister des Innern antwortete unter dem 14. Oktober 1921, daß er sich zu einem Einschreiten gegen die Beamten in Magdeburg nicht veranlaßt fühlte!

Im März wurde von dem Polizeispitzel Schulze, dem für Verschiebungen zuständigen Beamten, Kriminalassistent Domning Anzeige über das Nichtzugreifen des Kommissars Giebel gemacht. Domning teilte dies dem Polizeipräsidenten Krüger dienstlich mit. Er hat daraufhin im März eine Sitzung in seinem Geschäftszimmer anberaumt, an der teilnahmen: Krüger, sein ständiger Vertreter Dr. Thiemer, Kriminalinspektor Müller, Domning, Puch, Konradt, Schlott und Schulze. In dieser Sitzung wurde das schwerwiegende Material gegen Kommissar Giebel. Wohnungsamt, Stooff u. Tag eingehend Krüger unterbreitet. Da auch Krüger nicht zugriff, erstattete der Polizeispitzel Schulze Strafantrag gegen die Polizeibeamten wegen Amtsverbrechen. Auch der Landtagsabgeordnete Bock (USPD.) hat das gesamte Material in den Händen, um es bei Gelegenheit im preußischen Abgeordnetenhause zu verwerten. Seit September ist noch nichts der Oeffentlichkeit bekanntgeworden. Die ganze Angelegenheit ist so ungeheuerlich, daß keine Minute mehr gewartet werden darf.

Der Brief einer tapferen Genossin

Werte Genossen! Ich habe in H. um Unterstützung angetragen, aber keine erhalten. Sie fragten mich, ob mein Mann gefangen sei. Ich sagte ihnen: „Wenn er gefangen wäre, hätte ich wenigstens die Hoffnung, ihn noch einmal wieder zu sehen, selbst wenn es Jahre dauert, aber leider ist mein Mann tot." Darauf sagten sie mir: „Ihr Mann ist doch kein kleines Kind, das sich so ohne weiteres mitschleppen läßt, und wenn er von selbst mitgegangen ist, so haben wir für Sie nichts und so gelten Sie nicht als unterstützungsberechtigt." Ich habe ihnen gesagt: Betteln um Almosen tu ich nicht, lieber verhungere ich. Geht nur der Sipo alles, die braucht es vielleicht nötiger als ich. Die Arbeiter brauchen nichts, die leben von der Luft. Behaltet es für Euch. Weil ich meinen Mann nicht verraten habe, geben sie mir nichts. Aber ich verrate ihn nicht und wenn sie mich in tausend Stücke hacken. „Wenn Ihr meinen Mann haben wollt, dann suchet, und ihr werdet ihn finden, klopfet an, so wird Euch aufgetan," so habe ich gesagt. Da sperrten sie mich ein, aber ich sagte: „Macht mit mir was Ihr wollt, ich verrate meinen Mann nicht. Mit kommunistischem Gruß ..."

Wittenberg

Eine gefährliche Fahrt. Ohne Lokomotivführer lief um Mitternacht ein D-Zug durch den hiesigen Bahnhof. Der Mann hatte sich aus dem Zuge gebeugt, hatte mit dem Kopfe gegen einen Brückenpfeiler gestoßen und war abgestürzt. Er fand auf der Stelle seinen Tod.

Staßfurt

Stromlieferung. Am 18. Dezember hatte ein Wirbelsturm die beiden Kühltürme des Kraftwerkes in Preußisch-Börnecke umgestürzt, so daß die Stromlieferung für den Staßfurt-Leopoldshaller Bezirk zunächst unterbrochen war. Seitdem mußte der hiesige Bezirk durch Ersatzstrom beliefert werden, was aber nicht hinderte, daß zahlreiche Unterbrechungen in der Stromversorgung eintraten. In nächster Zeit werden nun die Staßfurter Licht- und Kraftwerke, die bisher von Preußisch-Börnecke Strom bezogen, an das Fernkraftwerk Golpa-Bitterfeld angeschlossen und außerdem ein Anschluß an die Ueberlandzentrale im Ostharz mit dem Sitz in Nachterstedt und der Umformstelle Aschersleben erreicht werden, so daß beim Versagen des einen Werkes das andere in Anspruch genommen werden kann. Das Kraftwerk in Preußisch-Börnecke bleibt in beschränktem Maße weiter bestehen.

Köthen

Millionenverlust des Kreises Köthen. Wie jetzt bekannt wird, hat die Kreiskommunalverwaltung des Kreises Köthen bei der Getreidebewirtschaftung im vergangenen Wirtschaftsjahr einen Verlust von nicht weniger als zwei Millionen Mark gehabt. Zur vorläufigen Deckung des Fehlbetrages hat die Sparkasse des Kreises Köthen ein entsprechendes Darlehen gegeben. Der nächste Kreistag wird sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen haben.

Hedersleben

Ein Elendsbild aus dem kapitalistischen Staat. Im Hakelwalde fand man an einem Baume stehend die Leiche eines kaum einjährigen Kindes, von Füchsen angefressen, vermutlich von einer Saisonarbeiterin im Walde verlassen.

Stendal

Großfeuer. Sonnabend nacht brach in der Kunstmühle Weidkling ein Feuer aus und vernichtete die ganze Mühle mit sämtlichen Maschinen. Nur der Mehlspeicher mit etwa 4000 Zentnern Getreide und Mehl konnte gerettet werden. Der Schaden beläuft sich auf ungefähr 10 Millionen. 40 Familien sind durch das Feuer brotlos geworden.

Erfurt

Schwerer Autounfall. Das Automobil des Kaufmanns Rudolf Merseburg stieß Freitag nachmittag mit einem Wagen der Straßenbahn mit solcher Wucht zusammen, daß es vollständig zertrümmert wurde. Drei Insassen des Kraftwagens wurden lebensgefährlich verletzt.

Für 400 000 Mark Postwertzeichen gestohlen. Bei einem Einbruch in das Bahnpostamt Tröttelstädt wurden für 400 000 Mk. Postwertzeichen und für 130 000 Mk. Einkommensteuermarken gestohlen.

Bedra

Spurlos verschwunden ist di[illegible] alte Mein Gieseke von hier. Sie trägt einen dunkelblauen Mantel, blauweißes Wollkleid, blaue Mütze und Holzpantoffeln. Sachdienliche Meldungen erbittet das „Amt Bedra".

Letzte Nachricht

Das Abkommen über den Zahlungsaufschub

Paris, 9. Januar. Der Sonderberichterstatter des „Petit Journal" berichtet seinem Blatte, daß man sich in den Beratungen der alliierten Finanzminister am Sonnabend in Cannes über die Notwendigkeit geeinigt habe, Deutschland Zahlungserleichterungen für 1922 zu gewähren. Der zwischen Briand und Lloyd George am 22. Dezember aufgestellte Plan, der neun Punkte enthält, soll als Grundlage für die weiteren Verhandlungen dienen. Der „Matin" gibt den Inhalt dieses Abkommens wieder. Artikel 1 bestimmt, daß Deutschland im Kalenderjahr 1922 nur 500 Millionen in Goldmark zahlen soll. Artikel 2 bestimmt die Garantien, die von Deutschland für die Sanierung seiner Finanzverhältnisse verlangt werden sollen. Artikel 3 beschränkt die Sachlieferungen Deutschlands an Frankreich für 1922 auf 1200 Millionen Goldmark, für die beiden folgenden Jahre auf 1500 Millionen. Artikel 5 bestimmt, daß die anderen alliierten Mächte zusammen von Deutschland im Jahre 1922 nur Sachlieferungen im Werte von 500 Millionen Goldmark verlangen können. Artikel 6 legt fest, daß die Ausgaben für das Besatzungsheer auf 200 Millionen Goldmark limitiert werden müssen unter Hinzufügung von zwei Goldmark pro Tag und Mann für das britische Heer. Artikel 7 beschäftigt sich mit dem Plan der von Deutschland zu liefernden Kohlen. Artikel 8 mit dem Finanzabkommen der Alliierten vom 13. August. — Nach dem „Matin" scheint insofern eine Aenderung dieses Abkommens geplant zu sein, daß nicht das kommende Jahr für die Berechnung zu Grunde gelegt wird, sondern daß man das sogenannte Reparationsjahr schaffen soll, das am 1. Mai beginnt. Hierdurch würde es ermöglicht, die letzte Novemberzahlung Deutschlands zu den zu erwartenden Geldzahlungen in den Monaten Januar bis April hinzuzuschlagen. Die Kommission von Rechtssachverständigen, die durch den Beschluß des Obersten Rates vom 13. August zur Begutachtung der Leipziger Kriegsbeschuldigtenprozesse gebildet worden war, hat zwei Resolutionen angenommen die dem Obersten Rat unterbreitet werden sollen.

Ich zahle

für Altkupfer . . . . . Mk. 30,— p. Kg.
Rotguß . . . . . Mk. 22,— p. Kg.
Messing . . . . . Mk. 10,— p. Kg.
Blei . . . . . Mk. 8,— p. Kg.
Zink . . . . . Mk. 7,— p. Kg.
Altpapier . . . . . 90 Pf. p. Kg.
Bücher und Zeitungen . . Mk. 1,40 p. Kg.
uniformierte Kuppen ohne Knöpfe, Pantoffeln und Schuhe Mk. 1,50 p. Kg.
Knochen 80 Pf. p. Kg., Schmiedeeisen 80 Pf. p. Kg., Maschinenguß Mk. 1,20 p. Kg. Ferner kaufe ich alle Sorten Felle, Weinflaschen usw. zu guten Preisen.

Zur Gründung einer G. m. b. H.

suche ich in allen Teilen der Stadt sowie in Merseburg a. S.

Läden oder Niederlagen

zwecks Eröffnung von Filialen zu mieten oder zu kaufen und bitte ich um Angebote.

Nur Anna Theuring

Telephon 4263

Nur Große Wallstraße 42.

Abholungen mit eigenen Geschirren sofort kostenlos.

117

An alle Bewerber!

Da noch fortgesetzt Bewerbungen eingehen, teilen wir den Bewerbern (des hohen Porto wegen) nur auf diesem Wege mit,

daß in allen Abteilungen sämtl. Stellen besetzt sind

und Einstellungen deshalb nicht mehr vorgenommen werden können. F

Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle-Merseburg

Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14.

Hausfrauen!

Kauft nur in den Geschäften, welche im „Klassenkampf" inserieren.

Alle Parteischriften empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Anschichtspostkarten empfiehlt die Volksbuchhandlung.

Militär-Schaft-Schnürschuhe,

getragen, aber noch guterhalten, verkauft zu billigen Preisen

15 **J. Sternlicht, Alter Markt 11.**

Bekanntmachung.

Die Firma M. Klußmann, Eisen-Metall-Großhandlung in Cöthen (Anh.), beabsichtigt auf dem im Grundbuche von Halle, Band 185, Blatt 6323, auf den Namen des Fabrikanten Willi Kampitch eingetragenen Grundstück am Canenaer Wege, östlich der Eisenbahn-Zentral-Werkstätte, ein Bureauhaus mit Wohnungen zu errichten, und hat hierzu die Genehmigung nachgesucht.

Gemäß § 16 des Gesetzes über die Gründung neuer Ansiedlungen vom 25. August 1876 (Ges.-Sammlung S. 227) bringen wir dieses zur öffentlichen Kenntnis mit dem Bemerken, daß gegen die nachgesuchte Genehmigung von den Eigentümern, Nutzungs-, Gebrauchsberechtigten und Pächtern der benachbarten Grundstücke innerhalb einer Ausschlußfrist von 21 Tagen bei der Polizeiverwaltung hierselbst Einspruch erhoben werden kann. Der Einspruch kann nur durch Tatsachen begründet werden, welche die Annahme rechtfertigen, daß die Ansiedlung den Schutz der Nutzungen benachbarter Grundstücke aus der Land- oder Forstwirtschaft, aus dem Gartenbau, der Jagd oder der Fischerei gefährden werden.

Der Ansiedlungsantrag, der Lageplan und die Zeichnungen über den geplanten Bureau- und Wohnhausbau liegen während der Dienststunden im Polizeidienstgebäude, Dreyhauptstraße 4, 1 Treppe, Zimmer 44, zur Einsicht aus.

Halle, den 5. Januar 1922. 101

L. T. 6. K. 3/1922. **Der Magistrat.**

Nach langem, schwerem Leiden verschied sanft am 7. Januar meine liebe, unvergeßliche Frau, unsere treusorgende, gute Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante 104

Frau Elisabeth Kuhröber geb. Fischer

im Alter von 49½ Jahren.

Halle a. d. S., den 9. Januar 1922.

In tiefem Schmerz: **Familie Kuhröber.**

Beerdigung: Dienstag nachmittag ½2 Uhr auf dem Gertraudenfriedhof.

Aufrichtiger Dank.

Zurückgekehrt von Grabe unseres lieben unvergeßlichen Töchterchens **Annelieselse** sagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten für die herzliche Teilnahme, sowie für die reichen Kranzspenden innigsten Dank. Besonders Dank dem Gen. Riebenstahl für seine sinnreichen Worte am Grabe.

Die trauernde Familie Franz Koch

nebst allen Angehörigen. 105

Du blühtest wie eine Rose und warst so jung u. schön,
Doch mußtest uns schnell verlassen, ins enge Leben gehn.
Wie bitter war der Trennungsschmerz, und dabei brach uns bald das Herz.
Nur 2½ Jahr warst du unser Glück und kehrst nimmermehr zurück.
Doch ruhe sanft am kühlen Ort, in unserm Herzen lebst du fort.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220109-18/fragment/page=0006

Leben • Wissen • Kunst

Jack

[3] Pariser Sittenbild von Alphonse Daudet.

Fünftes Kapitel.

Die Folgen eines Leseabends im Moronvalschen Gymnasium.

Am folgenden Tage erhielten Herr und Frau Moronval für den künftigen Montag von Frau von Barancy eine Einladung. Am Fuße des Briefchens war ein kleines Postskriptum angefügt, welches dem Vergnügen Ausdruck gab, das man empfinden würde, wenn Herr von Argenton die Güte haben sollte, sich zu ihnen zu gesellen.

„Ich gehe nicht . . .“ sagte der Poet trocken, als Moronval ihm das kokette, parfümierte Briefchen übermittelte.

Da geriet der Mulatte in Zorn. Das war ja erbärmlich, wie sich d'Argenton benahm! ein Streich, ganz eines schlechten Kameraden würdig! In welcher Hinsicht konnte es ihm denn beschwerlich sein, diese Einladung anzunehmen?

„Ich esse bei solchem Schlage von Frauenzimmern nicht zu Mittag.“

„Zuvörderst,“ sagte Moronval, „ist Frau von Barancy nicht, was Du zu sein glaubst. Und dann bringt man doch für einen Freund auch ein paar Bedenken zum Opfer. Du weißt, daß ich der Gräfin notwendig bedarf, daß ihr der Gedanke meiner Kolonial-Revue gefallen hat; und du nun tust, was in Deinen Kräften steht, um die Sache in schlechtes Fahrwasser zu lenken. Das ist nicht nett von Dir.“

d'Argenton nahm schließlich, nachdem er sich recht sehr hatte quälen lassen, die Einladung an.

Am nächstfolgenden Montag begaben sich Herr und Frau Moronval, nachdem sie ihr Institut unter die Obhut des Doktors Hirsch gestellt hatten, nach dem kleinen Hotel an dem Boulevard Haussmann, woselbst sich der Poet zu ihnen gesellen sollte.

Das Diner war auf sieben Uhr bestimmt. d'Argenton kam erst um halb acht, und man kann sich wohl denken, daß es Moronval während dieser halben Stunde nicht möglich wurde, von seinem großen Projekte zu reden.

Ida war von einer so schrecklichen Unruhe heimgesucht.

„Glauben Sie, daß er kommen wird? . . . Wenn er nur nicht gar krank ist . . . Er hat eine gar so zarte Farbe.“

Endlich kam er, zu ihrem Unglück kam er — geschniegelt und gebügelt — entschuldigte sich leichthin mit seinen vielen Beschäftigungen, mit all dem Kram, der durch seine Hände gehen müsse, zeigte sich immerhin noch sehr reserviert, aber doch minder hochnäsig als es sonst seine Gewohnheit war.

Das Hotel hatte seinen Eindruck auf ihn nicht verfehlt.

Das damals funkelnagelneue Stadtviertel, dieser Luxus an Teppichen und Blumen, der auf der mit grünen Gewächsen geschmückten Treppe seinen Anfang nahm, um in dem kleinen, mit weißem Flieder parfümierten Boudoir zu endigen, der blaue, mit Goldleisten gesäumte Himmel dieses Zahnbrecher-Salons, das schwarze, gelbleiden gepolsterte Mobiliar und der Balkon, wo der Boulevardstaub in Beimischung mit dem Gipse der Neubauten herumschwirrte — das waren alles Dinge, welche diesem Stammgast des Gymnasiums Moronval über die Maßen entzücken, ihm einen Eindruck von üppigem und vornehmem Leben erwecken mußten.

Der Anblick der gedeckten Tafel, der imposante Habitus Augustins, des Sonnenanbeters, und alle jene minutiösen Eigentümlichkeiten des Tafeldienstes, welche den schlechten Weinen fröhliche Reflexe und den gewöhnlichen Speisen und Gängen Wohlgeschmack verleihen, vollendeten sein Entzücken. Ohne weder so erstaunt noch so bewunderungsvoll zu sein wie Moronval, welcher Ausrufungen über Ausrufungen ausstieß und den eitlen Neigungen der Gräfin mit Frechheit schmeichelte, schlieff sich d'Argenton, der unbestechliche, vor jeglicher Verderbnis sich ängstlich hütende d'Argenton langsam, ganz allmählich ab und geruhte schließlich, zu lächeln und zu sprechen.

Er war ein Schwätzer ohne Boden, ohne Ende, vorausgesetzt nur, daß von ihm die Rede war, und daß man ihn in dem angefangenen Satze niemals unterbrach; denn seine launenhafte Einbildungskraft war sehr leicht aus dem Sattel zu heben. Es folgte hieraus, daß dem Tone seiner Stimme ein sententiöser Klang anhaftete, der sich bei den schwächsten Behauptungen, die aus seinem Munde kamen, befehlshaberisch, soldatisch, jeden Widerspruch abschneidend anhörte. Hierzu kam in weiterer Folge eine gewisse Eintönigkeit der Stimme, die sich durch das ewige „Ich . . . ich“ — „Ich . . . ich,“ womit er jeden seiner Sätze anfing, zur Abscheulichkeit steigerte. Die Hauptsache war ihm, daß er seine Zuhörer unter der Fuchtel hielt, daß seinen Worten unbedingtes Gehör gezollt wurde.

Unglücklicherweise war nun die Fähigkeit des Zuhörens keine Tugend, die man bei der Gräfin suchen mußte; und dieser Umstand führte während des Diners zu einigen verdrießlichen Zwischenfällen. d'Argenton liebte es vor allem, diejenigen Worte zu wiederholen, welche er in genüssen Zirkeln gesprochen, an bekannte Persönlichkeiten, Zeitungs-Redakteuren, Verleger, Theater-Direktoren, die seine Stücke niemals annahmen, weder seine Poesie noch seine Prosa jemals drucken wollten, gerichtet hatte. Es waren dies schreckliche Worte, mit Widerhaken besetzte, mit Gift durchtränkte Worte — Worte, die auf die Seele brannten, die den Wissen im Halse stecken ließen.

Im Gespräch mit Frau von Barancy war er aber niemals imstande, zu solchen berühmten Worten zu gelangen, denen zum weitaus größten Teile immer eine sehr langatmige Auseinandersetzung und Erklärung vorauszugehen schien. Sobald er an den patheticschen Teil der Geschichte gelangte und mit seiner Stimme feierlichen Klang anhub: „Und da sprach ich nun jenes grausame Wort . . .“ da schnellte just immer in diesem selben Augenblicke die unglückselige Ida, die ja freilich immer nur mit ihm beschäftigt war, in Gedanken immer nur bei ihm weilte, leider aber in einer für die Unterhaltung höchst verhängnisvollen Weise die Rede mitten zwischen seinen Satz hinein:

„O, Herr d'Argenton, bitte, bitte! nehmen Sie doch doch einmal hier von diesem Eis . . .“

„Danke, meine Gnädige!“

Und der Poet sprach zum andern male, indem er die Brauen runzelte, und mit verdoppeltem Nachdruck:

„Und da habe ich . . .“

„Finden Sie das Eis nicht vortrefflich?“ fragte sein Gegenüber harmlos und unbefangen.

„Ganz ausgezeichnet . . . Und da habe ich denn dieses grausame Wort . . .“

Aber das so lange verschleppte grausame Wort übte nun keinen Effekt mehr, um so weniger keinen Effekt mehr aus als am häufigsten Redensarten waren wie: „Wem die Jacke paßt, der mag sie sich anziehen!“ oder: „Bei Philippi sehen wir uns wieder, mein Musje!“ Welchen Redensarten der Herr d'Argenton niemals die Worte hinzuzusetzen vergaß: „O! und das hat ihn gewurmt!“

Ueber dem gestrengen Blick, welchen der in seinem Redeflusse gestörte Poet ihr zuwarf, geriet Ida ganz außer sich . . . „Was ist ihm bloß? . . . Ich habe ihm wohl schon wieder mißfallen.“

Zweimal oder dreimal kam ihr während des Diners die größte Lust an zum Weinen; und soweit ihr dies möglich war, versteckte sie diese Empfindung hinter Worten, die sie dann auf die liebenswürdigste Weise an Frau Moronval richtete: „Aber so essen Sie doch! Ach, Sie essen ja gar nichts!“ und zu Herrn Moronval: „Aber warum trinken Sie denn gar nicht!“ Was übrigens ganz erschreckliche Lügen waren, denn die Erfinderin der Methode Decostère ließ ihre Kauwerkzeuge noch weit energischer funktionieren als sie an den Leseabenden mit deutlichem, ausdrucksvollem Vorlesen ihre Lippen zu rühren pflegte; und ihre kräftige Art der Appetitstillung fand ihresgleichen nur noch in dem schier unersättlichen Durste ihres Ehegespons, des Herrn Moronval.

Als das Diners beendigt war, und man sich in den Salon begeben hatte, der tüchtig geheizt und brillant beleuchtet war, wo auch der Kaffee einen einladenden Duft verbreitete, da erachtete der Mulatte, welcher seiner Beute nun volle zwei Stunden lang auflauerte, den günstigen Augenblick für gekommen und sagte plötzlich mit vornehmer Nonchalance zu der Gräfin:

„Ich habe mich in Gedanken viel mit unserer geschäftlichen Angelegenheit beschäftigt . . . Die Sache wird bei weitem weniger Geld erfordern, als ich vorher angenommen habe.“

„Ach!“ machte sie mit zerstreuter Miene.

„Du meine Güte, freilich! . . . Und wenn unsre schöne Direktrize geruhen wollte, mir einige Augenblicke ein ernstes Ohr zu schenken . . .“

„Direktrize war ein kühner Wurf, ein Fund seines Genius, der aber zum bloßen Schlag ins Wasser wurde, weil die „Di'ekt'ize“, wie Moronval das Wort aussprach, nicht gehört und — nicht begriffen wurde. Ihr Auge folgte ihrem Dichter, der schweigsam, ganz in Gedanken, den Salon des Langen und Breiten durchschritt.

„Wo weilen seine Träume?“ sprach sie zu sich.

Er verdaute.

(Fortsetzung folgt.)

Liebeslied der Schoschone-Indianer

Es war kein Geist, kein Vogel;
Es war meine Flöte, die du hörtest
Letzte Nacht am Fluß,
Als du mit deinem Flechtkrug kamst.
Dort, wo der Fluß die Weiden schleift.
Es war meine Flöte, die du hörtest.
Wacoba, Wacoba,
Rief sie, komm durch die Weiden!

Es war kein Wind, kein Vogel;
Der durch die Lupinen rauschte,
Es war mein Blut, das du hörtest.
Es antwortete deinem Gewandsaum,
Von dem die Gräser flüsterten.
Es war mein Blut, das du hörtest,
Dort bei der Wildrose unter den Weiden.

Es war kein unruhiges Tier,
Es war mein Herz, das du hörtest.
Im Versteck meines Wunsches
Ging es auf und ab
Zu der Musik, die aus meine Flöte sang.
Wacoba, Wacoba,
Mein Herz hörtest du,
Das unter den Weiden hüpfte.

(Aus „Die neue Welt“, Sammlung amerikanischer Lyrik von Claire Goll, Verlag S. Fischer, Berlin.)

Das Mädchen

Von Kurt Kläber.

Sie stand an dem hohen Automaten, der die kleinen Messingteller stanzt, so bleich und blaß, daß sich die dunklen Mauern über sie neigen wollten wie bergende Hände.

Sie hatte ihn gern, den großen eisernen Stampfer, und wenn sie ihr blasses Gesicht an seine Wände drückte, mußte sie immer ihre Arme um ihn schließen und ihn an die Wärme ihrer Brüste drücken.

Sie war erst 18 Jahre alt, aber das Blut floß schon schneller in ihren Adern, und wenn sie so fest an ihm lehnte, daß das kleine Herz zum Zerspringen klopfte, war ein Ahnen in ihr — noch verschlossen — aber es wollte sich immer öffnen.

Liebe war es, ihre erste Liebe, und da sie ganz allein in dem dunklen Vorraum stand und keinen Menschen hatte, den sie lieben konnte, schloß sie ihre Arme um seinen Leib und drückte ihren Mund in seine eiserne Kühle. Doch sein Leib blieb hart und verschlossen, ratternd knarrten die Räder, und stoßend sauste der Stempel in die Form. Aber ihre Liebe war größer als seine Härte und sie ward um ihn Tag für Tag. Sein graues Gewand mußte glänzen, die Hebel und Messingknöpfe mußten glitzern und nach jedem Feiertag brachte sie ihm einen Strauß Waldblumen oder einen Tannenast. Auch all ihre Lieder sang sie ihm und erzählte von der Mutter, von dem Bruder, dem kleinen Haus am Wald und dann auch von dem jungen Schlosser.

Ja — das wars, seit dem Tage hörte der Eiserne auf ihren Plappermund und sie erzählte ihm alles. Wie groß und stark er war, daß er braune Augen hatte und einen schwarzen Bart und daß er sie immer so anschaute. Da jagten die Wellen schneller und der eiserne Arm sauste nieder, als wollte er Stempel und Form zerschmettern, sogar ihre Hand hätte er bald einmal zerschlagen. Sie ahnte aber nicht, daß der Eiserne bös sein könnte und den Schlosser haßte, denn sie hatte ihn damals noch nicht lieb und erst später, als sie den ersten Kuß von ihm bekam und am andern Morgen ihr Gesicht vor Scham in seinen grauen Leib verbergen wollte, fühlte sie seinen Haß. Die Räder peitschten die Riemen immer wilder und der eiserne Arm schlug so unbarmherzig auf die kleinen Messingscheiben, daß sie sich vor ihm fürchtete. Da wollte sie erst alles aus ihrem Herzen reißen, was der junge Mensch ihr erzählt hatte — aber als sie ihn wieder traf und erst selber küssen konnte und die Wärme fühlte, die aus seinem Herzen in das ihre strömte, vergaß sie den Eisernen ganz. Sie träumte in ihrem dunklen Vorraum nur noch von des Schlossers Lippen und von allem, was er ihr gesagt. — Erst dachte sie, der Eiserne hätte alles vergessen, denn sein Arm sauste wieder gleichmäßig nieder und drückte die Scheiben zu Tellern. Aber dann war es ihr oft als ob ein boshaftes Kichern in den Wellen tollte, und eine Angst war in ihr, die erst wieder wich, wenn die Feierabendglocke durch die Halle läutete.

An einem Morgen war es dann geschehen, mit einem Strauß Anemonen war sie in die Fabrik gekommen und ihre Kleider trugen noch den Duft von Wald und Wiese. Sie mußte wohl müde gewesen sein und ihren Kopf wie immer in die eiserne Kühle gelegt haben. Die Räder hatten ihr Haar erfaßt, und als sie erschrocken mit den Händen danach fassen wollte, waren die Hände in den großen Riemen gekommen. Der hatte sie an die Decke geschleudert. Nun lag sie am Boden — zerrissen. Ganz blaß war das kleine Gesicht wieder und die großen Augen blickten den eisernen Stampfer erschrocken an.

Irgendein Mensch hatte die weißen Anemonen über ihren toten Leib gestreut.

Die russische Revolution

Von Rosa Luxemburg.

(Schluß.)

Die wirkliche Situation der russischen Revolution erschöpfte sich nach wenigen Monaten in der Alternative: Sieg oder Konterrevolution oder Diktatur des Proletariats, Kaledin oder Lenin. Das war die objektive Lage, die sich in jeder Revolution sehr bald, nachdem der erste Rausch verflogen ist, ergibt und die sich in Rußland aus den konkreten brennenden Fragen nach dem Frieden und der Landfrage ergab, für die im Rahmen der „bürgerlichen“ Revolution keine Lösung vorhanden war.

Die russische Revolution hat nun bestätigt die Grundlehre jeder großen Revolution, deren Lebensgesetz lautet: entweder muß sie sehr rasch und entschlossen vorwärts stürmen, mit eiserner Hand alle Hindernisse niederwerfen und ihre Ziele immer weiter stecken oder sie wird sehr bald hinter ihren schwächeren Ausgangspunkt zurückgeworfen und von der Konterrevolution erdrückt. Ein Stillstehen, ein Trippeln auf demselben Fleck, ein Selbstbescheiden mit dem ersten einmal erreichten Ziel gibt es in der Revolution nicht. Und wer diese hausbackenen Weisheiten aus den parlamentarischen Froschmäusekriegen auf die revolutionäre Taktik übertragen will, zeigt nur, daß ihm die Psychologie, das Lebensgesetz selbst der Revolution ebenso fremd wie alle historischen Erfahrungen ein Buch mit sieben Siegeln ist.

Der Verlauf der englischen Revolution seit ihrem Ausbruch 1642. Wie die Logik der Dinge dazu trieb, daß erst die schwächlichen Schwankungen der Presbyterianer, der zaudernde Krieg gegen die royalistische Armee, in dem die presbyterianischen Häupter einer entscheidenden Schlacht und einem Siege über Karl I. geflissentlich ausweichen, es zur unabweisbaren Notwendigkeit machte, daß die Independenten sie aus dem Parlament vertrieben und die Gewalt an sich rissen. Und ebenso war es weiter innerhalb der Independentenheeres die untere kleinbürgerliche Masse der Soldaten, die Lilburnischen „Gleichmacher“, die die Stoßkraft der ganzen Independentenbewegung bildeten, sowie endlich die proletarischen Elemente der Soldatenmasse, die am weitesten gehenden sozialumstürzlerischen Elemente, die in der Digger-Bewegung ihren Ausdruck fanden, ihrerseits den Sauerteig der demokratischen „Gleichmacher“-Partei darstellten.

Ohne die geistige Wirkung der revolutionären proletarischen Elemente auf die Soldatenmasse, ohne den Druck der demokratischen Soldatenmasse auf die bürgerliche Oberschicht der Independentenpartei wäre es weder zur „Reinigung“ des langen Parlaments von den Presbyterianern noch zur siegreichen Beendigung des Krieges mit dem Heer der Kavaliere und mit den Schotten, noch zum Prozeß und zur Hinrichtung Karl I., noch zur Abschaffung der Lordskammer und zur Proklamierung der Republik gekommen.

Wie war es in der großen französischen Revolution? Die Machtergreifung der Jakobiner erwies sich hier nach vierjährigen Kämpfen als das einzige Mittel, die Errungenschaften der Revolution zu retten, die Republik zu verwirklichen, den Feudalismus zu zerschmettern, die revolutionäre Verteidigung nach innen wie nach außen zu organisieren, die Konspirationen der Konterrevolution zu erdrücken, die revolutionäre Welle aus Frankreich über ganz Europa zu verbreiten.

Kautsky und seine russischen Gesinnungsgenossen, die der russischen Revolution ihren „bürgerlichen Charakter“ der ersten Phase bewahrt wissen wollten, sind ein ganz genaues Gegenstück zu jenen deutschen und englischen Liberalen des vorigen Jahrhunderts, die in der großen französischen Revolution die bekannten zwei Perioden unterschieden: die „gute“ Revolution der ersten girondistischen Phase und die „schlechte“ seit dem jakobinischen Umsturz. Die liberale Seichtheit der Geschichtsauffassung brauchte natürlich nicht zu begreifen, daß ohne den Umsturz der „maßlosen“ Jakobiner auch die ersten zaghaften und halben Errungenschaften der girondistischen Phase alsbald unter den Trümmern der Revolution begraben worden wären, daß die wirkliche Alternative zu der Jakobiner-Diktatur, wie sie der eherne Gang der geschichtlichen Entwicklung im Jahre 1793 stellte, nicht „gemäßigte“ Demokratie war, sondern — Restauration der Bourbonen! Der „goldene Mittelweg“ läßt sich eben in keiner Revolution aufrechterhalten, ihr Naturgesetz fordert eine rasche Entscheidung: entweder wird die Lokomotive Volldampf den geschichtlichen Anstieg bis zum äußersten Punkt vorangetrieben, oder sie rollt durch die eigene Schwerkraft wieder in die Ausgangsniederung zurück und reißt diejenigen, die sie auf halbem Wege mit ihren schwachen Kräften aufhalten wollten, rettungslos in den Abgrund mit.

Dadurch erklärt sich, daß in jeder Revolution nur diejenige Partei die Führung und die Macht an sich zu reißen vermag, die den Mut hat, die vorwärtstreibende Parole auszugeben und alle Konsequenzen daraus zu ziehen. Daraus erklärt sich die klägliche Rolle der russischen Menschewiki, der Dan, Zereteli u. a., die, anfänglich von ungeheurem Einfluß auf die Massen, nach längerem Hin- und Herpendeln, nachdem sie sich gegen die Uebernahme der Macht und Verantwortung mit Händen und Füßen gesträubt hatten, ruhmlos von der Bühne weggefegt worden sind.

Die Lenin-Partei war die einzige, die das Gebot und die Pflicht einer wirklich revolutionären Partei begriff, die durch die Losung: alle Macht in die Hände des Proletariats und des Bauerntums, den Fortgang der Revolution gesichert hat.

Die Bolschewiki haben auch sofort als Zweck dieser Machtergreifung das ganze und weitgehendste revolutionäre Programm aufgestellt: nicht etwa Sicherung der bürgerlichen Demokratie, sondern Diktatur des Proletariats zum Zwecke der Verwirklichung des Sozialismus. Sie haben sich damit das unvergängliche geschichtliche Verdienst erworben, zum ersten Mal die Endziele des Sozialismus als unmittelbares Programm der praktischen Politik zu proklamieren.

Was eine Partei in geschichtlicher Stunde an Mut, Tatkraft, revolutionärem Weitblik und Konsequenz aufzubringen vermag, das haben die Lenin, Trotzki und Genossen vollauf geleistet. **Die ganze revolutionäre Ehre und Aktionsfähigkeit, die der Sozialdemokratie im Westen gebrach, war in den Bolschewiki vertreten. Ihr Oktoberaufstand war nicht nur eine tatsächliche Rettung für die russische Revolution, sondern auch eine Ehrenrettung des internationalen Sozialismus.**

Stichworte

Mut steigert sich in drei Stufen: Mut—Ueber-Mut—Hoch-Mut.

* * *

Höflichkeit ist das Schmieröl für den Apparat des persönlichen Verkehrs: es vermindert die Reibungen.

* * *

Drei Formen der Menschenfeindschaft im Spiegel-Bilde: Der eine macht den Spiegel für seine Häßlichkeit verantwortlich — das ist das Unerträgliche; der andere verhängt den Spiegel — das ist der Klügere, der die Menschen meidet; der Dritte zertrümmert den Spiegel — das ist der Böse.

* * *

Die Lüge hat krumme Beine; sie hinkt, aber sie tut so, als würde sie tanzen.

Viktor Wittner.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220109-18/fragment/page=0007

Die kommunistische Frau

Frauenagitation im Betrieb

Wenn es richtig ist, daß die Wurzeln unserer Kraft da liegen, wo das Proletariat im Kampfe steht mit der wirtschaftlichen Not und denen, die von dieser Not profitieren, so kann es bei den Frauen nicht anders sein. Also müßte sich die Arbeit der Kommunisten unter den Frauen darauf einstellen. Bisher ist das nicht der Fall.

Ueber die Wichtigkeit der Arbeit unter den Frauen braucht nichts gesagt zu werden. Doch wollen wir uns den Umfang und die Möglichkeit an einigen Zahlen vorführen. In der Nr. 43 des „Korrespondenzblattes des ADGB." finden sich im Bericht über das Jahr 1920 einige interessante Zahlen. In den freien Gewerkschaften waren Frauen organisiert im Jahre 1900: 22 844; 1905: 74 411; 1910: 161 512; 1915: 177 535; 1918: 422 597; 1919: 1 710 761.

Im Verhältnis zu den männlichen Mitgliedern waren gewerkschaftlich organisiert z. B. im Verband der

	weiblich	männlich
Angestellten	167 219	196 302
Bäcker und Konditoren	24 808	40 269
Bekleidungsarbeiter	76 713	52 908
Buchbinder	55 241	24 308
Fabrikarbeiter	175 496	469 414
Gastwirtsgehilfen	26 911	36 468
Gemeinde- und Staatsarbeiter	62 821	237 070
Graphische Hilfsarbeiter	26 557	13 436
Hausangestellte	18 880	334
Hutmacher	15 395	7 811
Landarbeiter	170 043	510 131
Metallarbeiter	202 791	1 406 141
Porzellanarbeiter	25 424	30 777
Schuhmacher	36 376	53 632
Tabakarbeiter	88 918	24 349
Textilarbeiter	350 443	187 400

Wir sehen, daß die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Frauen auch im Verhältnis zur Zahl der organisierten Männer groß ist, daß sie in einigen Verbänden überwiegt. In der Textil-, Schuh-, Bekleidungs-, Süßwarenindustrie und anderen sind Massen von Frauen in den Betrieben zusammengeballt.

Wir können nicht sagen, daß sich unsere Arbeit unter den Frauen schon auf diese Tatsache eingestellt habe. Nicht einmal in den Zeitschriften und Zeitungsbeilagen. Die Arbeit ist vornehmlich eingestellt auf die Frau, die bereits der Partei angehört und dann auf die, welche den Haushalt führt, ohne der Erwerbsarbeit nachzugehen. Die Arbeit der im Haushalt stehenden Frau ist schwer und obendrein unbezahlt. Sie hätte Ursache genug, sich gegen ihr Los aufzulehnen. Wir wissen aber, daß die Beschränkung auf den Haushalt auch die Interessen der Frau und ihren politischen Horizont einengt.

Die im Betrieb stehende Frau nimmt eine wesentlich andere Stellung ein. Sie ist dem wirtschaftlichen und politischen Geschehen und dem Kampf der Arbeiter näher, fühlt sich dazugehörig, so wenig sie auch manchmal sich außerhalb der Arbeitszeit um die gewerkschaftlichen und politischen Angelegenheiten kümmern mag. Wer das den Frauen zum Vorwurf macht, dem könnten sie mit Fug und Recht entgegnen, daß man sich ja auch nicht um sie kümmere. Dabei wollen wir uns daran erinnern, daß große Massen junger Mädchen eine Reihe von Jahren im Betrieb stehen, bis sie eine Ehe eingehen und durch Mutterschaft und Kinderwartung aus dem Betrieb herausgezogen werden. Diese Zeit würde für sie um so mehr richtungsgebend für ihr politisches Denken und Handeln sein, je reger die politische Betätigung bei ihren älteren Mitarbeiterinnen wäre. Diese Andeutungen dürften genügen.

Wie steht es in den Betrieben mit viel oder überwiegend Arbeiterinnen aus? Wie groß ist dort die Zahl der weiblichen Mitglieder der KPD.? Haben wir dort weibliche Vertrauenspersonen? Sind wenigstens die Ansätze zu einer Betriebsfraktion vorhanden? Sind Bewegungen im Gange oder in Aussicht, wo die Partei den Genossinnen im Betrieb mit Rat und Tat zur Seite stehen muß? Was ist den Ortsgruppen zu sagen und was hat dort zu geschehen, wo sich Betriebe mit zahlreichen Frauen befinden? Wie läßt sich darauf auch die Agitation in öffentlichen Versammlungen mit einstellen?

Diese Frauenagitation ist erst in den Anfängen. Es ist an der Zeit, daß sie in ein lebhafteres Tempo gebracht wird.

Die Wintersorgen des Verbandes deutscher Hausfrauenvereine

Dem Verbande deutscher Hausfrauenvereine schlägt das zarte deutsche Bürgerinnengewissen. Angesichts der ungeheuren Not der wirtschaftlich schwächsten Volkskreise wollen und sollen die Damen der „guten" Gesellschaft ein übriges tun und selbst durch die „strenge Schule" der Entbehrung wandern. Ihr staunt und denkt: Ach, da werden wohl die „einfachen" süßen Speisen endlich von der Tafel der Besitzenden verschwinden müssen. Fette Milch, weißes Brot und herrliche Früchte und Weine werden aus den Häusern der Reichen in alle Hungerviertel der Städte sich ergießen, um das Aeußerste zu verhüten: den Ausstand dürren Mangels gegen üppigen Ueberfluß, die soziale Revolution, deren Vorahnungen diese Zeit düsterrot überflammen und Angst und Zweifel sogar in die weichen Gemüter des Verbandsvorstandes deutscher Hausfrauenvereine brennen, bis sie hingehen und die deutschen Frauen und Mädchen anrufen, auf daß von diesen dem „Vaterlande" gerettet werde, was noch an „heiligsten Gütern" nach dem Weltkriege zu retten geblieben: die Kinder, die Blumen Deutschlands. So etwa könntet Ihr denken, denn:

„Deutsche Frauen und Mädchen, Ihr sollt entbehren lernen! — Entbehren-Müssen wird das Leben, die Zukunft Euch noch lehren. Weit größere Opfer brachtet Ihr in den vergangenen Jahren in Krieg und Not — viel fordert heute noch das Vaterland von Euch. —

Durch eine strenge Schule werden wir alle noch gehen müssen, wollen wir nur die äußerste Not von den wirtschaftlich schwächsten Kreisen fernhalten."

Also heißt es im letzten „Offenen Brief", der die Frauenbeilage der „Deutschen Zeitung" ziert, und in dem viel von Blumen die Rede ist, allerdings nicht von Menschenblumen, wie Ihr wohl denken könntet, sondern von wirklichen Pflanzenblumen, die mit den Menschen nur das eine gemeinsam haben, daß auch sie unterschieden werden können in anspruchslose, schlichte, deutsche Inländer und aufdringliche, lästige Ausländer, welch letztere die Valuta verschlechtern, und darin den einheimischen Kapitalschieberinnen unangenehme Konkurrenz machen. Hört nur:

„Deutsche Frauen und Mädchen! An Euch wenden wir uns. Euer vaterländisches Gewissen rufen wir an wenn wir herzlich, eindringlich bitten: „Kauft keine ausländischen Blumen, lehnt Blumenspenden ab, die mit gutem deutschem Geld an das Ausland bezahlt das Bestehen der deutschen Blumenzucht in Frage stellen und deutscher Arbeit den Existenzboden entziehen."

Ihr großen Darstellerinnen der Bühnenkunst: nehmt in den kargen Blumenmonaten mit weniger kostbaren Beifallsbezeugungen vorlieb, wenn die heimische Blumenzucht nicht allen Anforderungen nach Treibhausblumen genügen kann. Für dieses öffentliche Beispiel des Verzichts, das in Hunderten anderer Seelen den letzten Rest nationalen Empfindens aufrütteln muß, wird das Vaterland, werden alle echt und tief deutsch fühlenden Männer und Frauen Euch wärmeren, dauernderen Dank wissen, als die wertvollsten ausländischen Blumenkinder Euch zu sagen vermögen.

Der Ballsaal, die Festtafel im Privathause, sie dürfen gern der Farbenpracht der ausländischen Flora entbehren, denn es ziemt einem verarmten Volke nicht, sofern es seinen inneren Stolz bewahren will, nach fremdem Tand zu greifen, der seinem Wesen nicht entspricht und einen Scheinwohlstand, ja Luxus vorzutäuschen, der aus der Lebenskraft der eigenen Volksgenossen lebendig erhalten wird.

Der Würde unserer Frauen im heutigen Deutschland ziemt die anspruchslose, schlichte deutsche Winterblume weit eher. Auch liefern die deutschen Treibhäuser heute schon reiche Mengen an Hyazinthen, Veilchen und Maiglöckchen, noch ehe deren eigentliche Zeit gekommen ist — denn auch die Blumen sollen ihre Zeit haben.

Warum die künstlich gezogenen Winterveilchen einführen, die in ihrer Geruchlosigkeit nur die Sehnsucht nach den süßduftenden Frühlingsboten wecken! Meist hat das frische Aussehen der Pflanzen überhaupt gelitten, rote Rosen erscheinen angeblaut; — mit jeder der vielen durchdrahteten, welkenden fremden Blumen welkt ein Teil unserer Valuta dahin! —

Verzichtet auf Anemonen, Ranunkeln, weiße und gelbe Margeriten, auf die Mimosen, Reseda und Levkojen, die in den eigentlichen Wintermonaten nur vom Ausland kommen können; lehnt, wenngleich ihre Schönheit Euch besticht, die Safrano-Rosen, die Malmaison und von Hutt ab, und freut Euch auf ihre Wiederkehr im deutschen Sommer."

Das sind die Wintersorgen des Verbandes deutscher Hausfrauenvereine.

Was sagt Ihr dazu, Genossinnen und Proletarierinnen, deren es eine ganze Reihe in bürgerlichen Hausfrauenvereinen gibt? Was habt Ihr gemein mit diesen begüterten Schwätzerinnen, die in einer Zeit, wo es um Sein oder Nichtsein Eurer Kinder geht, keinen Pfennig für tatkräftige Hilfe aufbringen, statt dessen aber derartige „Offene Briefe" zusammenfaseln, die allerdings ein Gutes auch für uns haben, nämlich das, den Bestandstand und die Lebensweise der herrschenden Frauenklasse grell und weit zu beleuchten. Kann man sich ein offeneres Bekenntnis wünschen, als dies:

„Beginnen wir beim Entbehrlichen mit der Aufgabe kleiner Liebhabereien!"

Eine „kleine Liebhaberei" ist dem Vorstand deutscher Hausfrauenvereine, was Euch sinnlose Verschwendung, Verhöhnung Eurer Daseinsnöte ist.

Wer am meisten hat, hilft am wenigsten. So war es, und so ist es, und so wird es immer bleiben, wenn nicht Ihr arbeitenden Frauen Euch besinnt auf Eure Würde und auf Euer Recht und den Müßiggängern beiderlei Geschlechts alle „kleinen Liebhabereien" gründlichst verleidet.

Zwangsweise Mutterschaft

Es gibt Kulturforderungen — die ja immer zugleich solche der Menschlichkeit sind —, die über Parteipolitik und Weltanschauung hinweg die Denkenden vereinen und sie eine gemeinsame Straße beschreiten lassen. Es sind zumeist Forderungen, dem unerträglichen Massenleid sich entringend, vorwärts gedrängt von dem Kraftbewußtsein der Masse, das es nur an ihr liegt, Zustände zu beseitigen, die die Menschenwürde schänden und nur unter dem System aufrechterhalten werden konnten, das in schamloser Entartung im November 1918 niedergebrochen ist.

Wir werden aber noch mit den Gesetzen dieses Systems regiert. Eine der unwürdigsten Gesetzesbestimmungen ist, die jene Frauen mit Zuchthaus bestraft, die der Mutterschaft zu entrinnen versuchen. Und es ist einer der größten Fehler der Politik der arbeitenden Klasse, daß sie bisher diesem Sklavengesetz für ihre Frauen keine Beachtung schenkte.

Es erübrigt sich eigentlich jedes Wort über die wirtschaftliche Bedeutung der Kindeserzeugung in der Gegenwart. In den furchtbaren Verhältnissen, die eine menschenwürdige Ernährung, Bekleidung und Erhaltung des Kindes der breiten Massen ausschließen und das Elend der Familie mit jedem Kinde verschärfen.

In der ethischen Erwägung des Vermeidens eines unbeschränkten Kindersegens — sie wird gern von den Satten und Sorglosen angeführt — gelangt man bei nur flüchtigem Betrachten zum gleichen Schlusse. Die Eltern sind die allein Verantwortlichen dem geschaffenen Kinde gegenüber. In einem grauen, durch Not, Elend und Unterernährung verwüsteten Leben wird das Kind zum Anklager gegen die Schöpfer, die es mit Recht als leichtfertig und gewissenlos bezeichnen kann. Die denkenden Eltern, beseelt von dem Verantwortlichkeitsgefühl gegenüber dem Ungeborenen, werden die Kindeserzeugung vermeiden zur Selbsthilfe greifen, wenn sie der Frau durch die chaotische Lebensführung nutzlos werdende Mutterschaft ersparen wollen, vor allem im Proletariat.

Dann ist noch die Persönlichkeit der Frau und Mutter mit der ungewollten Erzeugung des Kindes innig verbunden. Das Leben der Frau ist der Einsatz. Schon aus diesem Grunde ist es das alleinige Recht der Frau, zu entscheiden, ob sie Mutter werden will, kann und darf. Sie trägt die Leiden, seelisch und körperlich, sie bleibt vom Staate unbeachtet, wenn die Frucht ihres Leibes Hunger- und Entbehrungsseuchen erliegt, wenn sie keine Säuglingsnahrung besitzt.

Die Frau, die an ihrer Mutterschaft zur Märtyrerin wird, ist nun gleichberechtigt geworden. Damit aber beginnt ein Problem der Lösung zuzuschreiten, das bestimmt ist, eine tausendjährige Sklaverei der Frau aufzuheben und eine Revolutionierung des weiblichen Denkens, damit auch der Stellung zu den Weltanschauungen und Parteien vorzubereiten.

Die Sklaverei barg ein aufwühlendes Massenleid, das im Krieg und in seinen Folgen zu grauenhafter Entsetzlichkeit anschwoll, verschwiegen und übersehen von allen jenen, denen die politische Rechtlosigkeit kein Interesse für die Leiden der Frau erübrigen ließ. In dem Innern fast jeder Frau ist die Furcht vor dem Kinde, das sie dem Elend geben müßte, verschlossen. Das Schlachtfeld der Kinderfurcht weiß von Tränen, Seufzern und Massentod zu erzählen, von der Angst vor dem Kerker und von das Hirn zermarternden Grübeleien.

Unerheuerlich ist der Gedanke, daß das Zwangsgesetz heute noch besteht, noch weiter bestehen soll, ein Ausnahmegesetz für die besitzlose Frau im besonderen. Darum ist es ein Gebot der Zeit, dieses Zwangsgesetz raschest fortzuräumen. Es ist ein Sklavengesetz, das der Mensch der Gegenwart einfach nicht mehr länger erträgt. Frauen, Mütter und Bräute sind es, deren Leid auch unser Leid ist deren Tränen auch uns brennen, Menschen sind es, deren Urrecht man erschlägt.

Sie zu unterstützen, ihre Freiheit durch die Beseitigung des Gesetzes zu erringen, ist Pflicht jedes denkenden Menschen. Für sie überall, bei jeder freiheitlichen Partei zu werben, ist eine große und dankenswerte Aufgabe. Ueber alle Weltanschauungs-Differenzen hinweg müssen sich die Gegner dieser Gesetzgebung zusammenfinden. Nichts darf diese Fronten trennen, in der sich alle Bedrohten zusammenfinden sollen, bis diese Gesetzesbestimmungen gefallen sind.

Johann Ferch (Wien).

Eine Entschließung des deutschen Bundes für Mutterschutz

Anläßlich der diesjährigen Generalversammlung des Deutschen Bundes für Mutterschutz, die am 28. und 29. Oktober in Berlin tagte, wurde beifolgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Verschiedene Vereinigungen weiblicher Beamten haben Entschließungen dahin gefaßt, daß die außereheliche Mutterschaft einer Beamtin, ihre Entlassung aus dem Dienstverhältnis rechtfertige.

Demgegenüber erklärt die in Berlin tagende Hauptversammlung des Deutschen Bundes für Mutterschutz:

Die Dienstentlassung von Beamtinnen lediglich aus dem Grunde der außerehelichen Mutterschaft ist sozial und sittlich verwerflich und widerspricht der Verfassung des Deutschen Reiches.

Art. 119, Abs. 3 der Reichsverfassung lautet: „Die Mutterschaft hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge des Staates."

Es darf daher keine Beamtin von Staats wegen um ihrer Mutterschaft willen brotlos gemacht und gerade des Schutzes und der Fürsorge, deren sie als Mutter bedarf, beraubt werden.

Art. 121 lautet: „Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche, seelische und gesellschaftliche Entwicklung zu schaffen wie den ehelichen."

Daher dürfen die außerehelichen Kinder von Beamtinnen nicht von Staats wegen durch die Dienstentlassung der Mutter um der Mutterschaft willen der Not und Verelendung preisgegeben werden.

Nach Art. 128 der Reichsverfassung sind alle Staatsbürger, unter Beseitigung aller Ausnahmebestimmungen gegen weibliche Beamte, entsprechend ihrer Befähigung und ihrer Leistungen zu den öffentlichen Aemtern zuzulassen.

Es ist hiernach klar, daß bei den weiblichen Beamten die Mutterschaft als solche nicht als Entlassungsgrund herhalten darf, um so weniger als bei den männlichen Beamten die außereheliche Vaterschaft nie als Entlassungsgrund herangezogen wird. Die Zulassung der Dienstentlassung von Beamtinnen wegen ihrer Mutterschaft vermag lediglich einer doppelten Moral Vorschub zu leisten und die Existenzbedingungen für Mutter und Kind zum Schaden auch der Allgemeinheit herabzusetzen.

Die Versammlung erwartet, daß hiernach den Wünschen der eingangs erwähnten Vereinigungen nicht entsprochen werden wird und die zuständigen Dienststellen angewiesen werden, das Verhalten gegen weibliche Beamte nur von ihrer Befähigung und ihren Leistungen und bzw. von den für beide Geschlechter in gleicher Weise geltenden gesetzlichen Bestimmungen abhängig zu machen."

Es gibt kein Gebiet, auf dem die „sozialistische" Republik rückständiger wäre als auf dem Gebiet des Mutterschutzes. Durch mittelalterliche Bestimmungen und Anschauungen sucht die heutige Gesellschaft ihre Unmoral, ihre Fäulnis zu verdecken. Selbst sogenannte neutralen Vereinen geht das über die Hutschnur. Beseitigen aber kann man diese Zustände nur durch den rücksichtslosen Klassenkampf, durch Einrichtung der Diktatur des Proletariats.

Was sollen wir zur Frauenfrage lesen?

Es ist selbstverständlich, daß es keine besondere Frauenfrage für uns geben kann, aber es gibt eine besondere Frauenliteratur. Unter den bisher aufgezählten Schriften werden wir manch eine finden, die ganz gründlich zum Verhältnis der Frau in der Gesellschaft Stellung nimmt. Es ist doch bekannt, daß die Stellung der Frau im Laufe der Jahrhunderte sich manchmal geändert hat.

Fast keine Richtung unter den Sozialisten hat es unterlassen, zur Frauenfrage Stellung zu nehmen. Vor dem Kriege, vor der Revolution, war die Frau im allgemeinen — und auch bei uns — politisch entrechtet. Darum nahm auch die Literatur, die sich mit der Gleichstellung der Frau beschäftigte, einen großen Raum in der gesamten Frauenliteratur ein. Unsere Genossin Klara Zetkin hat nach dem Referat, das sie auf dem Mannheimer Parteitag gehalten hat, eine Broschüre geschrieben, die den Titel hat „Zur Frage des Frauenwahlrechts". Ueber diese Frage ist die Broschüre das beste, was wir gelesen haben.

Die Frauen haben jetzt das Wahlrecht und nun ist es unsere Aufgabe, die Frauen nicht nur zur richtigen Anwendung ihrer Rechte zu erziehen, sondern darüber gilt es, die Frauen zu klassenbewußten Kämpferinnen und Kameradinnen im Befreiungskampfe des Proletariats zu machen. Das wird uns am besten gelingen, wenn wir das Gedankengebäude der Lehre vom Kommunismus beherrschen.

Wir empfehlen zum Eingang des Studiums über die Frauenfrage die kleinen Broschüren, die von unserer Partei herausgegeben worden sind, erstens „Was wir den Frauen zu sagen haben" und zweitens „Wann endet die Not der Frauen?" Dann lese man Klara Zetkin, „Die Frauen und die Kommunistische Partei" und hinterher „Die Frau bei der Verteidigung und beim Aufbau Sowjet-Rußlands".

Die geschichtliche Entwicklung der Stellung der Frau wird sehr gut geschildert von Friedrich Engels in seiner Schrift „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates". Das beste und wichtigste sozialistische Werk und dabei auch das weitverbreiteste ist das Buch von August Bebel, „Die Frau in der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft". Wer Bebels Werk gründlich durchgearbeitet hat, wird in der Frauenfrage so gut orientiert sein, daß er alle Einwände der Gegner widerlegen kann.

Ueber die Aufgaben der Frauen in der Gegenwart bringen sehr wertvolles Material die Schriften unserer russischen Genossen. Gelesen werden muß weiter „Die Kommunistin", die zu den Tagesfragen der Frau Stellung nimmt, Aufgaben stellt, Anregungen und Anweisungen erteilt. Sehr zu empfehlen ist auch die „Frauen-internationale".

Tahitische Frauen

Bei den nackten Völkerschaften ist der Unterschied der Geschlechter, wie bei den Tieren, weniger betont, als in unseren Klimaten. Mit Gürtel und Schnürleib ist es uns gelungen, aus der Frau eine Anomalie, ein künstliches Wesen zu schaffen, das die Natur uns, den Gesetzen der Vererbung gehorchend, zu komplizieren und zu entkräften hilft, und das wir sorgfältig in einen Zustand nervöser Schwäche und unzulänglicher Muskelkraft erhalten, indem wir es vor Ermüdung bewahren und ihm die Gelegenheit nehmen, sich zu entwickeln. Da unsere Frauen nach einem so bizarren Ideal von Schlankheit geformt sind, — bei dem wir, seltsam genug, verharren — haben sie nichts Gemeinsames mehr mit uns, was vielleicht nicht ohne ernste moralische und soziale Nachteile bleibt.

Auf Tahiti kräftigt die Wald- und Meeresluft die Lungen, macht Schultern und Hüften breit, und weder Männer noch Frauen werden von den Strahlen der Sonne und den Kieselsteinen am Strande verschont. Sie verrichten zusammen die gleichen Arbeiten mit demselben Fleiß oder demselben Gleichmut. Es ist etwas Männliches an diesen und an jenen etwas Weibliches.

Diese Nahtlichkeit der Geschlechter erleichtert ihre Beziehungen, und die stete Nackheit gibt den Sitten eine natürliche Unschuld und vollkommene Reinheit, weil den Gemütern die Beschäftigung mit dem geschlechtlichen Mysterium fehlt, das einen „offiziellen Zuschnitt" so bedeutungsvoll macht, und ihnen das verstohlene oder sadistische Wesen der Liebe bei den Kulturmenschen fremd ist. Mann und Frau, die Kameraden und mehr Freunde als Liebende sind, leben in Freud und Leid fast unausgesetzt zusammen, und selbst den Begriff des Lasters kennen sie nicht.

(Aus Nr. 1 der „Weltliteratur" 1922.) Paul Gauguin.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019220109-18/fragment/page=0008